Nr. 240. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 14. Oktober 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Augsburg, U. 20,—. Altona, H. P. Winklerplatz 9,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kr. 50,—. 2. Kr. 500,— (darunter C. L. 6,—). 4. Kr. Osten 1000,— (darunter: Onkel Bräsig 1,—, Markusstr. 52 2,—, Wolterschke Werkst., Büschingstr. 7 20,—, Tischler von Bölling u. Hirsch, Bierprozente 20,—, F., Weidenweg 21 3,—, Ueberschuß Geburtstagsfeier E. B. 3,—, Ueberschuß Bierprozente der Tischlerwerkst. von Richter, Blumenstr. 30 6,15, durch Westfahl 3,—, Skatklub Freundschaft bei Weber 7,50). 5. Kr. 400,—. 6. Kr., Schönhauser Vorstadt 500,—. Wedding und Oranienburger Vorstadt 1300,— (darunter S. E. 17 20,—, Polarlicht 88,55, Zigarrenprozente von Jule 26,—). Rosenthaler Vorstadt u. Gesundbr. 500,— (darunter Klub freier Wanderer 24,75 und Möbelfabr. Th. Fork, Kretschmar u. Co., III. Saal 12,—). Berlin div. Beiträge: Sächsischer Genosse in Moabit 30,—. E. G. 5,—. Gesammelt von einigen Arbeitern der Eisenbahn-Werkstätte I 10,—. Dr. L. A. 50,—. Fünf Hutmacher Königstr. 25 5,—. Rothe Buchbinder Grünstraße 5,—. Vergolder Wrangelstraße 10,—. Von den Mitgl. des Deutschen Buchdrucker-Verbandes im „Vorwärts" 200,—. Schmale Elzevier 6,—. Von Stuckateuren aus Frankfurt a. M., ges. bei Zippel, Bülowstraße 2,75. Gutenberg 100,—. Schmale Elzevier 6,50. A. C. G. T. Brunnenstraße 2,80. 48 Arbeiter von Schuster und Bär 11,90. Von Mitgliedern der U.-Dr. 5,05. Skatklub Kreuz-Bauer durch Rau 10,—. Bernburg 10,—. Breslau, Lempert „Kommune Breslau" 6,05. Barmen, von den Genossen 200,—. Bamberg, Jäcklein Rohrbach 10,— (dav. für Aug. 5,—). Cottbus, S. 10,—. Crefeld, P. H. 10,—. Duisburg, Ueberschuß der Maifeier 20,—. Delmenhorst, Beisteuer zur Agitation 15,—. Essen a. R. 50,—. Elmshorn, F. A. 50,—. Falkenberg (Oberschl.) 2,—. Freising, von Genossen 20,—. Greiz und Umgegend, von Genossen 100,—. Gießen, E. K. 5,—. Gotha 50,—. Herne i. W., organisirte Schneider 7,50. Hamburg, Fest-Ueberschuß in Fermser v. Spkl. „N. g. l." 30,—. Hamburg, Bau Feuerwache Quickbornstr. 10,—. Hamburg, 2 Kr. C. Tm. 10,—. Heidelberg, d. d. Vertrauensmann 16,—. Hamburg, Cigarrenfabrik von Böhle u. Mühle 21,90. Hamburg, Spahr's Zimmergesellen 50,—. Hamburg, Maurer am Schulbau Markmannstraße 20,—. Hamburg, Getränke-Ueberschuß vom größten Bau Hamburgs 20,—. Hamburg, Geburtstag Springeltwiete 2,50. Hamburg, H. F. 50,—. Hamburg, H. K. 50,—. Hamburg, N. N. 50,—. Hamburg, amerikanische Auktion Steinstraße 79 15,60. Hastedt b. Bremen 10,—. Hörde, lustige Rothe 3,50. Höchst-Ufingen, Wahlkr. 150,—. Johanngeorgenstadt, vom Vergnügen der Lederarbeiter 8,—. Konstanz, gesammelt von Genossen auf Schloß Wyden 3,20. Klingenthal, verunglückter Skat —,50. Lübeck 200,—. Ludwigshafen 150,—. Leppersdorf i. Schl. 26,71. München, von Genossen des Gärtner-Platz-Viertels 20,—. München, Waldläufer 5,—. München, Umsturz-Tarocker 5,—. Marburg, ein Einsamer 10,—. Minden-Lübbecke, Wahlkr. d. d. Kreisvertrauensmann 50,—. Magdeburg 1000,—. Meerane, Abschiedsfeier 4,—. Mühlberg, Sangesbrüder 17,—. Mülsen, St. Niclas 2,—. Plauen i. V., von zielbewußten Frauen, Reisekosten für den nicht geschickten Delegirten 20,—. Rousdorf 20,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Suhl, Schlensinger Kreis 20,—. Siegen, vom G. 6,—. Saarabien, aus dem Königreich Stumm 10,—. Velbert, gemüthl. runder Tisch bei D. 8,—. Velbert, amerik. Aukt. Waldeslust 8,50. Württemberg 150,—. Waldenburg i. Schl. 100,—. Wollmerkhausen, v. d. Genossen 30,—. Wanzleben, Wahlkr. 30,—. Zörbig, d. O. B. 7,10.

Hamburg-Eimsbüttel, den 8. Oktober 1897.

Für den geschäftsführenden Ausschuß:
A. Gerisch, Eichenstr. 4.

Das Gewerbe in Preußen.

Im Sommer des Jahres 1895 ist gleichzeitig mit der Berufszählung eine Gewerbezählung vorgenommen worden. Die Ergebnisse dieser Aufnahme werden — soweit sie das Königreich Preußen betreffen — jetzt in der „Statistischen Korrespondenz" dargestellt; und wir müssen sagen: Wenn jemals amtlich ermittelte Zahlen den vollen Beweis für die namentlich von der Sozialdemokratie verfochtene wirthschaftliche Theorie der Konzentration der Kapitalien und der langsamen Vernichtung der Kleinbetriebe geliefert haben, so diese preußische Gewerbestatistik. Wir wollen zum Beweise dessen zwei Hauptzahlen voranstellen. In den dreizehn Jahren von 1882 bis 1895 haben sich die gewerblich thätigen Personen um 37,66 pCt. vermehrt. Die Zahl der Betriebe stieg in derselben Zeit nur um 1,79 pCt.!

Diese Zahlen sprechen für den, der sie richtig zu lesen versteht, sehr deutlich. Sie erzählen ihm von dem Zusammenbruch tausender früher selbständiger Existenzen, von der Proletarisirung hunderttausender unserer Volksgenossen in dieser kurzen Spanne Zeit. Die Redaktion der genannten amtlichen Publikation fühlt denn auch sehr gut, welches Beweismaterial sie mit ihren Zahlen denen in die Hand giebt, die schon seit langem auf solchen Entwickelungsgang hingewiesen haben. Der begleitende Text zu den veröffentlichten Zahlen ist sozusagen eine Entschuldigung dafür, daß das königlich preußische Statistische Bureau in der unangenehmen Zwangslage ist, solche den wirthschaftlichen „Umsturz" dokumentirende Zahlen veröffentlichen zu müssen. Die Redaktion schreibt:

„Die schwächere Zunahme der Betriebe und die stärkere der Personen darf aber nicht ohne eingehendere Prüfung als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß die kleineren Betriebe in gleichem Verhältnisse den größeren Platz gemacht hätten oder in solche übergegangen waren. Zu einem solchen Schlusse bietet die bloße Zahl der Betriebe und Personen ohne ein tieferes Eindringen in die Vertheilung der Betriebe auf die Größenklassen bei den Gewerbearten, worauf hier mit Rücksicht auf den Raum nicht eingegangen werden kann, keine ausreichende Unterlage, und es muß vor einem Mißbrauche unserer Zahlen in jenem Sinne ausdrücklich gewarnt werden."

Nun, es wird ja wenigstens gestattet sein, sich die Zahlen kritisch anzusehen. — Daß statistische Zahlen stets mit Berücksichtigung aller Nebenumstände betrachtet werden müssen, ist selbstverständlich. Aber wir glauben beinahe, die „Stat. Korr." macht ihre Zahlen absichtlich schlechter, als sie es verdienen.

Es wurden gezählt:

	1882	1895	
Hauptbetriebe	1 650 806	1 743 330	Zunahme 5,6 pCt.
Nebenbetriebe	304 447	246 914	Abnahme 18,9 pCt.

Unter Nebenbetrieben sind hier verstanden solche Betriebe, in denen Personen noch außer ihrer Hauptbeschäftigung thätig sind, in denen also niemand ausschließlich seinen Erwerb findet. Wenn diese Nebenbetriebe abnehmen, die Hauptbetriebe dagegen sich vermehren, so ist das ein unverkennbares Zeichen dafür, daß der wirthschaftliche Konkurrenzkampf sich verschärft, daß der Geschäftsmann sich dem Ausbau einer einzigen Branche mit aller Energie widmen muß, wenn er bei der zunehmenden Spezialisirung der Produktionszweige bestehen bleiben will.

Betrachtet man die Hauptbetriebe darauf hin, ob sie durch den Inhaber allein oder mit Hilfspersonen betrieben werden, so ergiebt sich folgendes Bild:

	1882	1895		
Alleinbetriebe	1 015 011	951 642	Abnahme	6,24 pCt.
Betr. mit Gehilfen	635 795	791 688	Zunahme	24,52 „

Diese Zahlen sprechen gewiß deutlich. Allerdings theilt die „Stat. Korr." mit, daß die Abnahme der ohne Gehilfen arbeitenden Betriebe etwas zu groß erscheint, weil die Ermittelung dieser Alleinbetriebe 1882 weniger genau und die damals ermittelte Zahl derselben etwas zu groß gewesen sei. Immerhin aber heißt es, wenn auch etwas verschämt, in der amtlichen Korrespondenz: „Richtig wird ja sein, daß ein Theil der kleineren Betriebe den größeren zum Opfer gefallen ist."

Die Zahl der mit Gehilfen arbeitenden Betriebe ist dagegen den Einzelbetrieben gegenüber gewachsen, nämlich um über 24 pCt. Noch weit stärker gewachsen aber ist die Zahl der in solchen Betrieben thätigen Personen. Dies lehren die folgenden Zahlen: Es waren Personen thätig in

	1882	1895		
Alleinbetrieben	1 015 011	951 642	Abnahme	6,24 pCt.
Gehilfenbetrieben	3 242 931	4 909 947	Zunahme	51,40 pCt.

Die in den Gehilfenbetrieben thätigen Personen haben sich in 13 Jahren um über die Hälfte vermehrt! Das sind Zahlen von solcher Beweiskraft, daß sich die daneben stehenden Beschwichtigungsversuche recht kläglich ausnehmen.

Doch auch nach anderer Richtung hin ist die preußische Gewerbestatistik von großem Interesse. Wenn sich die preußische Gesammtbevölkerung von 1875—1895 nur um 24 pCt., die Zahl der gewerblich Thätigen dagegen um 62 pCt. vermehrt hat, so bestätigt dies die Wahrnehmung, daß die Entwickelung Preußens zu einem Industriestaat große Fortschritte gemacht hat. Die Kehrseite dieser Entwickelung ist, daß außer den obigen 5 861 589 im Gewerbe thätigen Personen bei der gleichen Zählung auch eine Arbeitslosen-Reservearmee von 144 889 Köpfen in Preußen ermittelt wurde.

In welchem Umfange die einzelnen Gewerbegruppen an der gewerblichen Thätigkeit Preußens betheiligt waren, veranschaulicht die nachfolgende Uebersicht über das darin ermittelte gewerblich thätige Personal. Es waren Personen beschäftigt

in der Gewerbegruppe:	1882	1895	Zunahme v. H.
Kunst und Handelsgärtnerei	28 247	43 478	53,93
Thierzucht (ohne landwirthschaftl.)			
Fischerei	21 114	22 598	7,03
Bergbau, Hütten, Salinen, Torfgräberei	339 177	458 504	27,65
Industrie der Steine und Erden	216 931	314 258	44,87
Metallverarbeitung	285 112	363 814	34,62
Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate	200 528	316 369	57,77
Chemische Industrie	38 722	66 661	72,15
Industrie der Leuchtstoffe, Fette, Oele, Firnisse	24 399	35 038	43,60
Textilindustrie	428 543	441 885	3,11
Papierindustrie	48 856	72 250	47,88
Lederindustrie	68 354	86 692	26,83
Industrie der Holz- u. Schnitzstoffe	255 925	322 989	27,20
Industrie der Nahrungs- u. Genußmittel	393 105	586 353	49,16
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	741 142	800 427	8,00
Baugewerbe	331 338	596 690	80,08
Polygraphische Gewerbe	35 970	66 198	84,04
Künstlerische Gewerbe	7 672	9 503	23,87
Handelsgewerbe	492 720	771 598	56,60
Versicherungsgewerbe	6 720	12 593	87,40
Verkehrsgewerbe (ohne Post, Telegraphen und Eisenbahnen	101 898	127 674	25,30
Beherbergung und Erquickung	173 469	326 017	87,94
überhaupt	4 257 942	5 861 589	37,66

Auffällig ist vielleicht, daß eine der stärksten deutschen Industrien, die Textilindustrie, in den 13 Jahren nur eine so außerordentlich geringe Zunahme aufweist. Es wird dies mit der inzwischen eingetretenen schutzzöllnerischen Bewegung auf großen ausländischen Absatzgebieten dieser Industrie zu erklären versucht.

Den Schlußfolgerungen der „Statist. Korrespond." kann man unter den gegenwärtigen Verhältnissen gewiß zustimmen. Sie weist auf die fortschreitende industrielle Entwickelung Preußens hin und schreibt: „So viel ist aber aus unseren Zahlen sicher, daß sich die Leistungsfähigkeit des preußischen Gewerbefleißes in raschem Fortgange befinden muß, zumal da neben der Zunahme des gewerblichen Personals, wie bekannt, eine rasche Vermehrung und Verbesserung der Maschinen und Werkzeuge einhergeht. „Das spricht deutlich dafür, daß wir immer nachdrücklicher darauf bedacht sein müssen, für die sich stets steigernde Masse der Erzeugnisse unserer gewerblichen Thätigkeit ausgedehntere Absatzgebiete zu gewinnen und die gewonnenen zu erhalten. Es ist dies um so mehr der Fall, als der größere Theil der Zunahme des gewerblichen Personals und natürlich auch der maschinellen Hilfsmittel auf die großen Betriebe entfällt, welche vorwiegend für die Massenerzeugung in Frage kommen und für diese einen weiten Markt haben müssen."

Dies wird in den Ohren derer schlechte Musik sein, die in ihrem eigensüchtigen Interesse stets auf die Verschärfung der deutschen Schutzzölle drängen und es für gleichgiltig erklären, wenn die fremden Märkte der deutschen Industrie verschlossen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, 12. Oktober.

Die Bestätigung des Urtheils gegen Liebknecht durch das Reichsgericht findet in der Presse naturgemäß die der Besonderheit des Falles zukommende Beachtung. Die reaktionäre Presse hüllt sich noch in Schweigen, sie muß es sich wohl erst gründlich überlegen, wie sie die Verheerungen, die durch solche Urtheile in der deutschen Justiz angerichtet werden, beschönigen soll. Die Organe der Liberalen und des Zentrums sprechen übereinstimmend ihre Bedenken gegen das Urtheil aus, gegen die Ausnutzung des „Eventualdolus", wie sie das Reichsgericht beliebt hat. Sie betonen auch die ungünstigen politischen Wirkungen gerade für diejenigen, welche sich von einer möglichst weitgehenden Auslegung des Strafgesetzes einen Erfolg gegenüber der Sozialdemokratie versprechen. Wir wollen nur einige Aeußerungen der bürgerlichen Presse hier wiedergeben. Die „Voss. Ztg." sagt:

„Das Urtheil des Reichsgerichts hat gezeigt, daß die heutige Rechtslage nicht aufrecht erhalten werden kann, soll nicht das eintreten, was das gefährlichste für jede Monarchie ist, nämlich das Schweigen des Volkes."

Die „Berl. Ztg." bemerkt:

„Das Urtheil des Reichsgerichts ist wieder ein Meisterstück juristischer Kunstschlosserei... Das mag ja eine außerordentlich feine juristische Konstruktion sein, aber es ist eine bedenkliche Erscheinung, wenn sich die Rechtsprechung des höchsten Gerichtshofes in immer schrofferen Gegensatz zum Rechtsgefühl des Volkes setzt. Ein gesundes Rechtsgefühl muß sich dagegen auflehnen, daß jemals Worte, die, objektiv genommen, keine Majestätsbeleidigung enthalten, eine Bestrafung zur Folge haben können. Das Urtheil des Reichsgerichts läuft im grunde genommen auf eine Einschränkung der Gedankenfreiheit in bezug auf die höchste Person hinaus."

Die Berliner „Volks-Zeitung" wendet sich ebenfalls gegen die weitere Beibehaltung des heutigen Majestätsbeleidigungsparagraphen:

„Wenn wir die Frage nach der politischen Wirkung der Verurtheilung Liebknecht's beantworten sollen, so müssen wir sagen: Die Verurtheilung wird den Erfolg haben, in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes, auch in solchen, die weder Liebknecht's noch unseren politischen Standpunkt theilen, von neuem die Ueberzeugung wachzurufen beziehungsweise zu bestärken, daß der Majestätsbeleidigungs-Paragraph, so wie er vorliegt, nicht länger mehr aufrecht erhalten werden kann. Er vertheilt Licht und Schatten auf Fürsten und Staatsbürger allzu ungleichmäßig. Dort, bei den Fürsten die uneingeschränkteste Freiheit, über Angehörige des Volkes sich in den schärfsten Ausdrücken zu ergehen...

Dem Verurtheilten selbst wie seiner Partei haben die vier Monate Gefängniß gerade noch gefehlt, um Wasser auf ihre Mühlen zu treiben, wie ja selbst nach dem Eingeständnisse gut konservativer Staatsbürger alles, was in den letzten Jahren gegen die Sozialdemokratie unternommen worden ist, ihr, nicht dem Staate, augenfällig von Nutzen gewesen ist."

Endlich bemerkt die „Germania":

Das Befremden über das in die Rechtsprechung praktisch eingeführte Prinzip des dolus eventualis und der indirekten Majestätsbeleidigung wird weit über die Grenzen der sozialdemokratischen Partei hinaus getheilt werden müssen. Dieses Prinzip schafft eine verhängnißvolle Rechtsunsicherheit und öffnet dem Denunzianten- und Delatorenthum, das sich auch bei uns einzubürgern beginnt, Thür und Thor... Die Stimmung ist in weiten Kreisen des Volkes nicht so günstig, daß die Regierung solche Wirkungen gering achten dürfte. Majestätsprozesse sind selten ein glückliches Mittel gewesen, die Autorität der Staatsgewalt zu befestigen und zu steigern."

Wir wollen abwarten, ob die Parteirichtungen, denen die zitirten Blätter angehören, sich zu einem entsprechenden parlamentarischen Vorgehen gegen den Majestätsbeleidigungs-Paragraphen ermannen werden! —

Bimetallistisches Mißgeschick. Die Nachricht von der Einberufung einer internationalen Münzkonferenz wird nun von verschiedenen Seiten als durchaus aus der Luft gegriffen bezeichnet. Die Hoffnungen der Doppelwährungs-Fanatiker und -Spekulanten

scheinen dem Nullpunkt nahe. Man muß lange Zeit zurückdenken, um einen Zeitpunkt zu finden, in dem die dem Bimetallismus dienenden Agenten und Zeitungen so schweigsam gewesen sind, wie in den letzten Wochen. —

Die Insel Kreta tritt jetzt wieder in den Vordergrund der europäischen Politik. Der Friedensabschluß zwischen der Türkei und Griechenland wird kaum mehr größere Schwierigkeiten finden, dagegen liegt die „Beruhigung Kreta's" noch fern im Felde. Die Türkei hat während der Zeit des Krieges wiederholt versucht, ihren Einfluß auf der Insel zu bewahren bezw. wiederzugewinnen. Am schärfsten trat das hervor, als der Sultan Dschewad Pascha zum Kommandeur der Insel ernannt und die Mächte die Landung Dschewad's ohne weiteres zuließen. Weder Dschewad Pascha noch den europäischen Mächten ist es gelungen, geordnete Zustände auf der Insel zu schaffen. Das war kein Wunder, da das Schicksal der Inselbevölkerung wie ein Spielball zwischen den verschiedenartigen Interessen der Mächte hin und hergeworfen wurde und eine wirkliche Einigkeit über die Neuordnung der Dinge auf Kreta zwischen den Mächten niemals bestand.

Jetzt sieht die Türkei die Zeit gekommen, um ihre Pläne weiter zu verfolgen. Aus Konstantinopel kommt nachfolgende interessante Meldung:

„Das den Vertretern der Türkei bei den Mächten über die kretische Frage übermittelte Rundschreiben der Pforte legt den Plan einer Lösung vor, nämlich die Entwaffnung der Christen und Mohamedaner durch türkische Truppen, deren Anzahl zu vermehren wäre, unter Mitwirkung der internationalen Truppen, sämmtlich unter dem Kommando eines europäischen Generals in türkischen Diensten; ferner die Ernennung eines geeigneten Gouverneurs durch den Sultan und schließlich die Bildung einer Gendarmerie-Truppe."

Der Sultan verlangt Vermehrung seiner Truppenmacht auf Kreta und das Recht der Ernennung des Gouverneurs. Man kann begierig sein, wie die Mächte diese Zumuthungen aufnehmen werden, nachdem sie feierlich der Insel die Loslösung von der türkischen Herrschaft und die volle Autonomie versprochen haben. Fast hat es den Anschein, als seien die Mächte geneigt, der Pforte weit entgegenzukommen; auch England will sich nicht weiter mit der Türkei verfeinden, um seine Position in Egypten und Asien nicht zu erschweren. Sicher ist aber, daß eine Herstellung gesunder Verhältnisse auf Kreta auf solche Weise nicht möglich sein wird. Die Leistungen der europäischen Diplomatie sind fürwahr unübertrefflich. —

* * *

Deutsches Reich.

— **Der Gesetzentwurf betreffend die Entschädigung unschuldig Verurtheilter** ist, wie die „National-Zeitung" zu melden weiß, dem Bundesrathe vom Reichs-Justizamt zugegangen. Im ganzen hält sich der neue Entwurf im Rahmen der in der vorigen Reichstagssession mit der Strafprozeßreform-Vorlage gemachten Vorschläge; besonders bleibt es dabei, daß nur im Wiederaufnahmeverfahren wirklich unschuldig Befundene entschädigt werden sollen. Dieses Verfahren soll jedoch nicht der Beschränkung unterliegen, welche der vorige Entwurf vorsah; die Bürgschaften, welche die Beschränkung des Wiederaufnahmeverfahrens nach dem vorigen Entwurf für die Unschuld des vorher Verurtheilten leisten sollte, hat nach der neuen Vorlage allein der Gang des Wiederaufnahmeverfahrens zu erbringen. —

— **Die neue Zivilprozeß-Ordnung** wird, wie die „M. Allg. Ztg." mittheilt, dem Bundesrath erst gegen Ende dieses Monats zugehen können. Die von verschiedenen Einzelstaaten geltend gemachten Wünsche sind derart, daß noch eine Umarbeitung verschiedener Theile sich als nothwendig herausgestellt hat. —

— **Die Postkonferenz** findet also doch statt. Die „N. A. Ztg." schreibt jetzt: „Es bestätigt sich, daß eine Anzahl Ober-Postdirektoren, etwa zwölf, zu einer Ende dieser Woche im Reichs-Postamte stattfindenden Konferenz geladen sind, welche über Reformen im Postarifwesen berathen soll." Ende vorigen Monats hieß es, diese Konferenz solle am 7. oder 8. Oktober stattfinden. Jetzt findet sie thatsächlich etwa acht Tage später statt. Um dieser für die Sache selbst ganz unwesentlichen Ungenauigkeit willen wurde die ganze Nachricht noch vor ganz kurzem feierlich — dementirt! Es war von der ganzen Geschichte an zuständiger Stelle „nichts bekannt"! —

— **Welchen Aufschwung der gewerbliche Aufsichtsdienst** im Reiche in dem verflossenen Jahre gemacht hat, ergiebt sich aus den Mittheilungen, welche im Reichsamt des Innern soeben behufs Vorlage an den Bundesrath und den Reichstag zusammengestellt worden sind.

So schreibt mit gut geheuchelter Begeisterung die „Nationalliberale Correspondenz". Sie kann in der Hauptsache aber nichts weiter anführen, als daß das Beamtenpersonal in Preußen und Bayern um je 5, in Sachsen und Baden um je 1 Aufsichtsbeamten vermehrt worden ist. Aber selbst dieser geringe Fortschritt ist, wie die „Nationalliberale Correspondenz" natürlich verschweigt, nur der Sozialdemokratie zu verdanken, die im Reichstag und in der Presse fortgesetzt auf die tiefen Schäden der deutschen Fabrikinspektion hinweist.

— **Die ärztlichen Ehrengerichte** in der von der Regierung vorgeschlagenen Form lehnte auch die große Mehrheit der Breslauer Aerzte entschieden ab. —

— **Agrarische Sozialpolitik.** Die „Magd. Ztg." wies vor kurzem in einem Artikel darauf hin, daß die Körperlänge unserer Fabrikbevölkerung und Großstädter im fortgesetzten Rückschritt begriffen ist, und der Zeitpunkt immer näher heranrückt, daß das Maß der Rekruten viel niedriger gesetzt werden muß, wenn man die Heeresstärke auf der Höhe erhalten will. Die Degeneration unseres Fabrikarbeiters mache sich schon daran erkennlich, daß die mittlere Lebensdauer desselben sinkt, und daß seine Kinder einer größeren Sterblichkeit anheimfallen. An diese schon oft konstatirte Erscheinung knüpft nun die „Corresp. des Bundes der Landwirthe" folgende weise Ermahnung:

„Es zeigt, wie gefährlich, ja geradezu unheilvoll ein weiteres Anwachsen der Industrie- auf Kosten der Landbevölkerung für das gesammte Staatswesen werden muß. Die Regierung muß also schon rein aus Selbsterhaltungstrieb einen Rückgang der ländlichen Bevölkerung mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Ja es würde sich selbst eine Bevorzugung dieses, wie oben gezeigt, wichtigsten Standes aus militärischen Gründen rechtfertigen lassen, während der Landmann nichts als Gleichberechtigung verlangt."

Anstatt also aus dieser Erscheinung die einzig richtige Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Industriebevölkerung durch eine gute Arbeiterschutz-Gesetzgebung gegen die degenerirenden Wirkungen der modernen Industrie geschützt werden muß, empfiehlt der Bund der Landwirthe, der Verminderung der Landwirthe Einhalt zu thun. Allerdings, die Arbeiterschutz-Gesetzgebung ist den Herren nie angenehm gewesen, deshalb auch wohl die höchst unlogische Schlußfolgerung. —

— **Zur Lage der Eisenbahner.** Die „Deutsche Reichs-Zeitung" in Bonn schreibt:

„Von Zeit zu Zeit ist es gut, den Staat als Arbeitgeber zu betrachten und ihn an seine sozialen Pflichten zu erinnern. Gestern redeten wir den Eisenbahn-Schaffner, welcher unserem Zug bediente, mit dem Namen „Herr Schaffner" an. Derselbe erwiderte uns, er sei noch nicht Schaffner. „Also Herr Bremser," sagten wir. „Auch das nicht," antwortete er, „ich bin seit sieben Jahren Hilfsbremser, muß aber Schaffnerdienste verrichten." „Wie viel Einkommen haben Sie denn monatlich?" „60 M.!" „Das ist etwas wenig für einen verheiratheten Mann, der dem Staate schon drei Jahre als Soldat gedient hat." „Jawohl," meinte er bescheiden, „die Gefahr, in der wir täglich leben, wird uns nicht ganz bezahlt." „Warum sind Sie denn so lange Hilfsbremser — — warum avanciren Sie nicht zum wirklichen Schaffner, da Sie doch schon lange Schaffnerdienste thun? Haben Sie sich etwas zu schulden kommen lassen?" „O nein," entgegnete er, „es giebt Hilfsbremser, die stehen schon länger im Dienste wie ich. Aber wissen Sie, wenn wir Schaffner werden, dann muß man uns 85 M. monatlich bezahlen, und je länger man einen für 60 M. haben kann, um so lieber ist es den Herren." Als er unseren forschenden Blick auf seine überaus defekte Uniform bemerkte, sagte er, bei 60 M Gehalt müssen wir uns auch die Uniform noch selbst stellen. Das brauchen die von der Post nicht! —

— **Die „Nationalliberale Correspondenz"** ist das erste Organ, das sich mit dem Reichsgerichts-Urtheil gegen Liebknecht einverstanden erklärt. Sie schließt ihre Betrachtung mit folgenden unsern Nationalliberalismus vorzüglich kennzeichnenden Worten: „Unseres Erachtens haben die letzten Jahre bewiesen, daß von dem Vorrecht der preußischen Verfassung, wonach jeder Preuße frei seine Meinung äußern darf, ein so weitgehender Gebrauch gemacht werden kann, daß es nicht nöthig ist, diesen sehr nützlichen und nothwendigen Freimuth zu diskreditiren, indem man ihn mit mißglückten sozialdemokratischen Aktionen in Zusammenhang bringt."

— **Die Nationalsozialen wollen in Leipzig für** die Reichstags-Wahlen einen eigenen Kandidaten aufstellen. Allem Anschein nach haben sie hierzu den bekannten Gegner der Wahlrechts-Aenderung Professor Sohm ausersehen. —

— **Wieder der Fall des Pastors Schall-Bahrdorf.** Der seit dem Mai d. J. suspendirte Pastor Schall-Bahrdorf, gegen den bekanntlich seit 1895 ein Disziplinarverfahren schwebte, hatte am 2. Juli d. J. Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten, sein Pfarrdorf Bahrdorf verlassen und seinen Aufenthalt in Kropp genommen, wo er die „Neue luth. Kirchen-Zeitung" redigirte und eine Unterrichtsanstalt übernahm. Jetzt hat er vom braunschweigischen Konsistorium die Aufforderung erhalten, seinen Aufenthalt binnen acht Tagen am Sitz des Pfarramts in Bahrdorf zu nehmen. Er erklärt, daß er unter Protest zunächst gehorchen, aber bis in die höchste Instanz Beschwerde einlegen werde, weil er nicht glaube, daß das Konsistorium bei dieser Aufforderung im Rechte ist. —

— **Der Militärboykott und seine Folgen.** Das fürstliche Landrathsamt in Gera soll sich, einer Mittheilung des „Geraischen Tageblatts" zufolge, entschlossen haben, den von der Militärbehörde boykottirten Besitzern von Tanzsälen auf dem Lande die Erlaubniß zur Abhaltung von Tanz an anderen Sonntagen als dem Ersten jedes Monats zu versagen. Unser Geraer Bruderorgan, die „Reußische Tribüne", glaubt die Richtigkeit dieser Angabe bestätigen zu können, da ihm aus den Kreisen der Gastwirthe dieselbe Mittheilung gemacht worden sei, und bemerkt dann: „Angenommen, die Mittheilung sei im wesentlichen richtig, so ist sie äußerst kennzeichnend für die herrschende Wirthschaft und lehrreich für alle, die bisher noch an die heilige Ordnung von heute geglaubt haben. Der Militärboykott sollte nach landläufiger Annahme bisher nur den Zweck verfolgen, das Uebergehen des sozialdemokratischen Giftes auf das Heer zu verhüten, und wurde daher über Wirthschaften verhängt, in denen Sozialdemokraten verkehren. Jetzt kommt die Zivilbehörde und macht den Militärboykott zu einem Instrument gegen die Wirthe, die gar keine Möglichkeit haben, den Militärboykott abzuschütteln, da es lediglich vom guten Willen der Militärbehörde abhängt, ihn aufzuheben oder fortbestehen zu lassen. Der Militarismus legt hier also einem ganzen Stand ein hartes Joch aus rein politischen Rücksichten auf und die Zivilbehörde sagt nicht: dies darf nicht sein, sondern weil es so ist, darum sollt Ihr noch weiter, noch viel schwerer getroffen werden. Ob dieses Verfahren zur Hebung des Standesbewußtseins der Wirthe wohl beitragen wird? Im Gegentheil, die Einsichtigeren unter ihnen werden daraus erkennen lernen, daß es blos auf die Vernichtung jeder selbständigen Meinungsäußerung abgesehen ist, die nicht im Fahrwasser der herrschenden Anschauung schwimmt. Das ist der Militärstaat sans phrase, vor dessen Machtgebot sich alle anderen Interessen des Zivilvolks beugen müssen."

München, 13. Oktober. **Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer** begann gestern die Generalberathung des Militäretats für 1897/98. Auf eine Anfrage des Berichterstatters Wagner erwiderte der Kriegsminister Freiherr von Asch, er könne über den Stand der Militär-Strafprozeß-Ordnung keinen Aufschluß geben, die Sache habe den Bundesrath noch nicht verlassen. Auf mehrseitige Anregungen wiederholte der Kriegsminister seine Erklärung, daß er sich zu Aeußerungen über die Frage der Militär-Strafprozeß-Ordnung nicht befugt halte. Indeß gab er schließlich dem Vorsitzenden des Ausschusses Dr. Oetterer auf dessen Frage die Versicherung, daß er mit den übrigen Ministern in ein weiteres Einvernehmen treten werde und daß die Regierung auch heute auf dem Standpunkt stehe, wie er durch den Landtags-Abschied vom Jahre 1893 zum Ausdruck gebracht wurde. Hierauf wurde die Generaldiskussion geschlossen. —

— **Aus der bayerischen Abgeordnetenkammer.** Der bauernbündlerische Abgeordnete Dr. Ratzinger hat zum Antrag Grillenberger, die Vorlage eines Wahlgesetzes betreffend, folgenden Antrag eingebracht: Die k. Staatsregierung wolle a) noch dem jetzigen Landtage eine Wahlgesetz-Vorlage unterbreiten, durch welche 1. das direkte Wahlrecht eingeführt, 2. für München weitere sechs, für Nürnberg weitere zwei Abgeordnete und zwar in Wahlbezirken mit nur je einem Abgeordneten bestimmt werden, während in den übrigen Landestheilen die bisherige Wahlkreis-Eintheilung beibehalten wird; b) dem künftigen Landtag eine Vorlage zu machen mit Feststellung einer gesetzlichen Wahlkreis-Eintheilung, wonach auf je 40 000 Einwohner ein Abgeordneter trifft, auf der prinzipiellen Grundlage des allgemeinen Stimmrechts. —

Aus Baden, 11. Oktober. („Frankf. Ztg.") In Hettingbeuren, Amt Buchen, wurden der Bürgermeister, der Polizeidiener, ein Gemeinderath und ein Bürger wegen Meineidsverdachts verhaftet. —

— **Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Der 60jährige Hausirer Georg Secker aus Finthen hatte sich vor dem Landgericht zu Frankfurt a. M. wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängniß, das Gericht sprach ihn frei, weil er bis zur Bewußtlosigkeit betrunken gewesen war. —

Oesterreich.

Wien, 12. Oktober. (Das Kartellgesetz) Die Regierung hat in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses den schon in der vorigen Session vorgelegten und von uns eingehend besprochenen Entwurf eines Kartellgesetzes neuerdings unterbreitet. Der Entwurf enthält jedoch eine wichtige Neuerung, die Einführung eines Kartellregisters. Der § 5 bestimmt nämlich:

Von dem Kartellstatute oder dessen Abänderung, von der Auflösungs-Anzeige sowie von den Kartellbeschlüssen, die eine Festsetzung der Preise, der Produktionsmengen, der Einkaufsverhältnisse oder die Zuweisung von inländischen Absatzgebieten zum Zwecke haben, ist gleichzeitig mit der nach § 4 zu erstattenden Anzeige eine vollständige, beglaubigte Abschrift zur Hinterlegung in einem beim Finanzministerium zu führenden besonderen Kartellregister beizubringen.

Das Kartellregister ist öffentlich. Jedermann kann in das Kartellregister Einsicht nehmen und von dessen Inhalt beglaubigte Abschriften gegen Erlegung der Kosten erheben.

Jede im Kartellregister hinterlegte Abschrift ist ohne Verzug in den vom Finanzministerium alljährlich im vorhinein zu bestimmenden öffentlichen Blättern bekannt zu machen.

Die näheren Vorschriften über die Einrichtung des Kartellregisters werden im Verordnungswege erfolgen. —

Wien, 13. Oktober. **Abgeordnetenhaus.** Es wurde eine Zuschrift des deutsch-nationalen Antisemiten Iro verlesen, in welcher dieser erklärt, er lege wegen des parteiischen Vorgehens des Mißbilligungs-Ausschusses sein Mandat nieder. Der der gleichen Partei angehörende Abg. Schönerer sucht schriftlich einen vierwöchentlichen Urlaub nach. Derselbe wird unter Heiterkeit und Bewegung des Hauses bewilligt. — Bei Verlesung der Eingänge wurde wiederum Obstruktion betrieben dadurch, daß auf Antrag der Abgg. Glöckner und Rohling wegen Verlesung zweier Petitionen gegen die Sprachenverordnungen namentliche Abstimmungen vorgenommen werden mußten. — Nach vier weiteren namentlichen Abstimmungen geht das Haus zur Tagesordnung über und zwar zur Berathung der Ministeranklagen.

Wien, 13. Oktober. In der Landtags-Ergänzungswahl in Pöstlau, Kreis Krems, wurde Riether (deutsche Volkspartei) mit 1680 Stimmen gewählt. Vergani (christlich-sozial) erhielt 1337 Stimmen.

Ungarn.

Budapest, 13. Oktober. **Abgeordnetenhaus.** Johann Molnar begründete seinen Antrag betreffend Hilfeleistung für die durch Nothstand bedrohten Gegenden und forderte die Regierung auf, einen hierauf bezüglichen Gesetz-Entwurf einzubringen. Der Ackerbauminister Daranyi gab hierauf eine umfassende Darstellung der Hilfsaktion der Regierung. Der Minister stellte fest, daß bereits im Schoße aller Ministerien die nöthigen Maßregeln ergriffen wurden, und daß sowohl das Finanzministerium als das Ministerium des Innern weitgehende Verfügungen erlassen haben. Das Ackerbauministerium setze die Vertheilung von Sämereien, welche sich vorzüglich bewährt habe, in großem Maßstabe fort. Ferner sei im Einvernehmen mit dem Handelsministerium eine Reihe öffentlicher Bauten in Angriff genommen worden. Auch sei mit Rücksicht auf den Nothstand im Einverständniß mit dem Handelsminister angeordnet, daß bei staatlichen Unternehmungen ausländische Arbeiter nur mit besonderer ministerieller Genehmigung angestellt würden, und daß die Entlohnung der Arbeiter nur in baarem Gelde erfolgen dürfe. Was das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern betreffe, so werde dem Hause ein entsprechender Gesetzentwurf zu einem Zeitpunkte zugehen, daß das Gesetz bereits für die nächste Ernte Anwendung finden könne. Die Regierung, sagte der Minister, leugne den Nothstand nicht, doch dürfe man auch nicht in den Fehler verfallen, denselben zu übertreiben und im Volke den Glauben erwecken, daß man auch ohne Arbeit leben könne. Redner schloß mit der Bitte, den Antrag Molnar's nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Hierauf wurde der Antrag Molnar mit allen gegen die Stimmen der Volkspartei abgelehnt. —

Schweiz.

Bern, 13. Oktober. Der Ständerath erledigte alle Streitpunkte mit dem Nationalrath über die Eisenbahnrückkaufs-Vorlage im Sinne der Beschlüsse des letzteren.

Der Nationalrath nahm mit 96 gegen 5 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen das Gesetz betreffend die Einführung der obligatorischen Unfallversicherung der unselbständigen erwerbsthätigen Personen an. —

— **Herr Droz,** der Führer der schweizerischen Manchestermänner, bleibt zum Bedauern vieler seiner Landsleute der Eidgenossenschaft erhalten. Der ungarische Ministerpräsident hat in einer Beantwortung einer Interpellation Kossuth's über die orientalische Frage konstatirt, daß sich die Großmächte mit der Ernennung des früheren Bundespräsidenten Droz zum Gouverneur von Kreta nicht mehr beschäftigen. Nun kann Herr Droz wieder Kapitalisten und Föderalisten der Schweiz um seine Fahne sammeln zu einem Kreuzzug gegen die Eisenbahn-Verstaatlichung. —

Frankreich.

Paris, 11. Oktober. (Eig. Ber.) Vorigen Sonntag hielt der Minister des Innern Barthou, am gestrigen Sonntag hielt der Ministerpräsident Meline eine „große Programmrede". Dazwischen kommen mehrere Tischreden der kleineren Götter des Ministeriums und eine Tischrede Poincaré's, eines der bedeutendsten Führer der Regierungsmehrheit in der Kammer. Im allgemeinen sind alle Reden nach dem gleichen Muster zurecht gestutzt: es ist dasselbe dustende Selbstlob, dieselbe Verschleierung des kapitalistisch-reaktionären Charakters der Regierung durch demokratische Redensarten, dieselben blöden oder verlogenen Ausfälle gegen den Sozialismus, dasselbe Umlügen der gemäßigten Radikalen zu einer fürchterlichen Umsturzpartei, dieselbe unvermeidliche Anrufung des Zaren als des Schutzpatrons der großbürgerlichen Reaktion und des Kabinets Meline. An der neuesten „Programmrede" ist bemerkenswerth, daß auch Meline die Kampagne für die Beschränkung der gesetzgeberischen und der Kontrollrechte der Kammer kräftig mitmacht. Der plump-heuchlerische Reaktionär empfiehlt eine dahingehende Umänderung der Geschäftsordnung als das beste Mittel für das rasche Zustandekommen von — Reformen! Also nicht die Verfassungsrevision mindestens im Sinne der Beschränkung der Rechte des reaktionären Senats, sondern einzig die Mundtodtmachung der sozialistischen und demokratischen Opposition kann, wie Herr Meline versichert, demokratische Reformen zu stande bringen helfen. . . Auf demselben Niveau bewegen sich die sonstigen Ausführungen des Regierungshauptes der französischen Bourgeoisie. Die Sozialisten, die Vertreter des Proletariats, die Ströme von Blut für die Republik vergossen, seien keine Republikaner; echte Republikaner seien dagegen die neubekehrten monarchistischen Grafen und Barone, die im Interesse des Geldsacks mit der Bourgeoisrepublik ihren Frieden geschlossen haben. Die schließlich von Meline aufgezählten steuerpolitischen und sozialen Reformen verdienen gar keine Erwähnung, sintemalen diese Reformen seit 20 Jahren die Wahlprogramme der Geldsack-Republikaner als Köder zieren, und Meline's Rede ist vor allem eine Wahlrede, gerichtet an diejenigen leider noch sehr zahlreichen französischen Wähler, die nicht alle werden.

In der Kammer-Nachwahl von Bressuire (Deux-Sèvres-Departement), einem stockmonarchistischen Wahlkreis, erhielt der Eisenbahner Barillean, Kandidat der Arbeiterpartei, 3452 Stimmen. Es ist die erstmalige sozialistische Kandidatur in jenem Wahlkreis. Gewählt wurde auch diesmal ein Monarchist, und zwar mit 12 260 Stimmen, während in den allgemeinen Wahlen von 1893 der monarchistische Kandidat mit 9875 gegen 9625 „gemäßigt"-republikanische Stimmen siegte. Es ist bezeichnend, daß die Bourgeois-Republikaner, um die gute Freundschaft mit den Monarchisten nicht zu stören, diesmal keinen eigenen Kandidaten aufgestellt haben, trotz der nur noch geringen monarchistischen Mehrheit von 1893. — In einer Nachwahl zum Generalrath von Montauban erhielt der sozialistische Kandidat 1002 Stimmen, damit zum ersten Mal die beiden bürgerlich-republikanischen Kandidaten überflügelnd. — Auch ein Beitrag zum „Niedergang" des französischen Sozialismus. —

Belgien.

— **Die Deputirtenkammer** ist heute zusammengetreten, um über ein für die Arbeiter höchst wichtiges Gesetz zu berathen. Es handelt sich um einen Entwurf, der von der Regierung schon im Jahre 1889 eingebracht wurde und der den Berufs- und Gewerkvereinen (Syndikaten) Korporationsrechte verleihen will. Während der großen Wahlrechts-Krisis bis zum Jahre 1894 hat er in den Akten der Ministerbureaus geschlummert; seit 1894 wird er in parlamentarischen Kommissionen umhergeschleppt, in denen er wesentlich verschlechtert wurde. Die Syndikate sollen gehalten sein, die Mitgliederverzeichnisse und die Abrechnungen zu veröffentlichen. Die Unternehmer und die Behörden sollen somit einen genauen Einblick in die Zugehörigkeit zu diesen Kampfesorganisationen und den Stand der Finanzen erhalten. Den Vereinen der liberalen Berufe, Aerzte, Advokaten u. s. w., wollte der Regierungsentwurf ebenfalls die Rechte der juristischen Person zuerkennen; die Kommission hat dem aber nicht zugestimmt. Geschäfte auf eigene Rechnung zu betreiben, ihren Mitgliedern Geldstrafen aufzuerlegen, soll nach den Kommissionsbeschlüssen den Syndikaten untersagt sein. Endlich will

die Kommission den § 310 des Code pénal (Strafgesetzbuches) aufrecht erhalten wissen, der den „Eingriff in die Freiheit der Arbeit“ mit Strafe bedroht.

Die Klerikalen selbst sind in der Frage nicht einig. Ein großer Theil ist gegen den Kommissionsentwurf und will den Regierungsentwurf wieder hergestellt wissen, um dadurch auch den Klöstern die Korporationsrechte zu verschaffen. Der Entwurf der Regierung hat zweifellos auch nur deshalb ein so liberales Gesicht bekommen, um der todten Hand, nicht aber den Arbeitern zu dienen. Das hochwichtige Gesetz wird jedenfalls lange erregte Debatten in der Kammer hervorrufen. —

Italien.

Rom, 13. Oktober. Die Sozialistenhatz wird nun hier mit größerem Eifer betrieben als seit langer Zeit; viele Verhaftungen und noch zahlreichere Haussuchungen wurden vorgenommen. Wir haben schon mitgetheilt, daß es sich hier um einen der offenkundigsten Schurkenstreiche und um eine raffinirte Täuschung des Publikums handelt. Das einzig erfreuliche ist, daß derartige Heldenthaten zu ungunsten ihres verbrecherischen Anstifters auszuschlagen pflegen. —

— Herr Rudini scheint nicht viel Glück mit seinem Taschenspielerkunststück zu haben, die Erregung der Kaufmannschaft gegen ihn wegen seiner Steuerreform auf die Sozialdemokratie abzulenken. Läßt sich doch die sicherlich uns nicht grüne „National-Zeitung“ aus Mailand telegraphiren:

Nach dem „Sole“ übersteigen die diesmaligen Einschätzungen der Einkommensteuer um 145 Millionen diejenigen von 1895; daher der große Unwille, der sich in dem gesammten schwerbetroffenen Handelsstand geltend macht und der in heftigen Protestkundgebungen im ganzen Lande zum Ausdruck gelangt.

Die „Germania“, die in ausführlichster Weise über die Demonstration berichtet, erwähnt mit keiner Silbe, daß die Sozialisten an derselben irgendwie betheiligt waren.

Und dem „Berl. Tageblatt“ wird aus Rom unterm 12. d. M. gemeldet:

Auch der heutige Tag verlief ganz ruhig, nicht der geringste Zwischenfall ereignete sich.

Die Regierung macht in ihrem Leiborgan „Opintone“ einzig und allein die Sozialisten und deren Anhang für die blutigen Vorgänge verantwortlich. Die sozialistische Fraktion hat über die gestrigen Tumulte eine Interpellation angemeldet.

Hinsichtlich der mißliebigen Steuererhöhung äußerte sich heute Rudini, er könne nichts anderes thun, als den Steuereinnehmern Milde und Mäßigung empfehlen.

Der Minister des Inneren erließ heute ein Zirkular an die Präfekten, das alle Meetings und Volkskundgebungen gegen die Steuererhöhung verbietet.

Das ist jedenfalls eine sehr einfache, aber wie die Erfahrung zeigt, in der Wirkung recht verfehlte Art, ein über Regierungsmaßnahmen erregtes Volk zu besänftigen. —

Spanien.

— Die Anarchisten von Barcelona. Aus Barcelona wird geschrieben: Die in der Veste Monjuich eingekerkerten Anarchisten, deren trauriges Schicksal in der ganzen zivilisirten Welt Mitleid erregt und zu Entrüstungskundgebungen gegen die grausame spanische Justiz Veranlassung gegeben hat, dürfen, wenn man halbamtlichen Blättermeldungen Glauben schenken darf, von der neuen Regierung eine Besserung ihrer schrecklichen Lage erhoffen. Die konservative Regierung hatte bekanntlich nach Canovas'schem Muster jede des Anarchismus verdächtige Person ohne viele Umstände eingesperrt, durch haarsträubende Folterqualen sogenannte Geständnisse erpreßt und das Opfer dann jahrelang hinter den düsteren Kerkermauern des alten Kastells schmachten lassen, unbekümmert darum, ob es überführt war oder nicht. Mit diesem sehr einfachen System der Anarchistenbekämpfung will Sagasta endgiltig brechen. Im letzten Ministerrath, der unter dem Vorsitz der Regentin im königlichen Palaste stattfand, betonte der Minister des Innern ganz energisch die Nothwendigkeit, endlich einmal die Lage von mehr als hundert „Anarchisten“ zu regeln, die auf Verfügung der verflossenen Regierung auf Monjuich sitzen, ohne zu wissen warum. Der Minister erklärte, daß das im Jahre 1896 geschaffene Gesetz zur Unterdrückung des Anarchismus richtig ausgelegt und angewandt werden müsse. Die wirklich verdächtigen Personen sollen aus Spanien ausgewiesen werden, es liege jedoch gar kein Grund vor, „die andern“, d. h. die Unverdächtigen, die in der Mehrheit sind, in infinitum gefangen zu halten. Die Königin-Regentin soll gleichfalls für dieses Verfahren eintreten. Man wird ja bald erfahren, ob der guten Absicht entsprechende Thaten folgen und wenigstens die ärgsten Schandthaten des konservativen Regiments so weit als noch möglich wieder gut gemacht werden. —

Rußland.

— Ueber das angebliche Attentat auf den Zaren in Warschau, schreibt die Wiener „Politische Korrespondenz“, sie sei von autoritativer Petersburger Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachrichten von der Entdeckung eines Komplotts gegen den Kaiser von Rußland anläßlich dessen Anwesenheit in Warschau vollständig grundlos sind. —

Griechenland.

Athen, 12. Oktober. Die Türken hinderten die Flottille im Golf von Arta auszulaufen unter dem Vorwande, die Präliminarien sähen nur freie Fahrt für Handelsfahrzeuge vor. —

Asien.

— Vom indischen Kriegsschauplatz. Die Proklamation des Generals Lockhart an die aufständischen Stämme hat nicht den erhofften Erfolg gehabt. Die Afridis und Orakzair haben beschlossen, weiteren Widerstand zu leisten und haben ihre Streitmächte vereinigt. Blutige Zusammenstöße sind also bald zu erwarten.

Auch in Hinterindien zeigen sich jetzt den Engländern bedrohliche Zeichen. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet:

„Nach einem Telegramm aus Mandalay drang in der letzten Nacht ein Haufe von 25 Birmanen in das Fort von Mandalay ein und griff das Haus an, in welchem der kommandirende Offizier wohnt. Der letztere schlug mit anderen Offizieren und einigen Sepoys den Haufen zurück. Die Birmanen verloren 4 Todte und 4 Verwundete; auf Seite der Engländer wurden ein Lieutenant und drei Privatpersonen verwundet.“

Mandalay ist die neuere Hauptstadt des Birma-Reiches, unfern dem Irawadi am Endpunkt der Bahn von Rangun; die Einwohner sind zum größten Theil Buddhisten. —

Amerika.

Washington, 13. Oktober. In seiner Antwort auf die Note Lord Salisbury's, in welcher letzterer die Theilnahme an einer Konferenz über die Robbenfrage, an der auch Rußland und Japan theilnehmen würden, ablehnt, spricht Staatssekretär Sherman das Erstaunen der Unionsregierung über diesen Entschluß Englands aus. Denn die Unterhandlungen zwischen dem Botschafter Hay und Salisbury hätten die Theilnahme Englands voraussetzen lassen, da bei derselben ausdrücklich von der Betheiligung Rußlands und Japans an der Konferenz die Rede gewesen sei. Nunmehr schlägt Staatssekretär Sherman vor, daß außer der am 20. d. Mts. zusammentretenden, von den Vereinigten Staaten, Rußland und Japan beschickten Konferenz noch eine Konferenz von sachverständigen Delegirten Englands, der Vereinigten Staaten und Kanadas veranstaltet werden solle. —

Preßstimmen zum Hamburger Parteitag.

Den bürgerlichen Preßstimmen lassen wir heute auszugsweise Meinungsäußerungen unserer Parteipresse folgen, soweit diese zu den Ergebnissen des Parteitages Stellung genommen hat.

Das „Hamburger Echo“ schreibt: Unsere Erwartung, der Parteitag werde rücksichtlich seiner Bedeutung nicht hinter seinen Vorgängern zurückbleiben, ist in Erfüllung gegangen ... Wie vorauszusehen war, konzentrirte das Hauptinteresse des Parteitages sich auf die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. Mit außerordentlicher Gründlichkeit ist diese Frage erörtert worden. Das Resultat der Debatte entspricht in der Hauptsache den von uns gehegten Erwartungen. Die große Majorität entschied sich für die Aufhebung des Kölner Parteitagsbeschlusses und für die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen unter Abweisung von Kompromissen mit gegnerischen Parteien.

Das „Volksblatt für Harburg“ schreibt: „Die in der letzteren Angelegenheit gefällte Entscheidung über die Betheiligung an der Landtagswahl hat ferner gezeigt, daß man sorgfältig bestrebt war, auch die geringste Möglichkeit zu „Stegmüllereien“ aus dem Wege zu räumen, so daß die Unkenrufe von der drohenden Verflachung und Verspießung der Sozialdemokratie nun wohl verstummen werden. Wir wollen es hier gleich sagen, daß wir diese Furcht niemals gehegt haben und daß man daher gerne den Rahmen der Betheiligung etwas weiter hätte ziehen können. Jedoch bescheiden wir uns auch mit dem Erreichten in der festen Zuversicht, daß das jetzt Versäumte vor den nächstfolgenden Landtagswahlen sicherlich nachgeholt wird. Die Hauptsache ist, daß der Kölner Beschluß fiel.“

Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel führt aus, daß der diesjährige Parteitag an dramatischen Momenten nicht ärmer gewesen sei, als seine letzten Vorgänger; gegenüber Schippel's bekannter Aeußerung über die Artillerieforderung bemerkt unser Bruderorgan: „Es kann nicht Sache der Sozialdemokratie sein, dem Militarismus, sei es auch nur in der Theorie, irgend welche Konzessionen zu machen. Als Gegner des Militarismus erblicken wir in den stehenden Heeren nicht den Hort, sondern die größte Gefahr des Friedens nach außen sowohl wie nach innen! Und so lange wir diese stehenden Heere haben, bewilligen wir diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Bildet die Sozialdemokratie erst einmal eine derartige Macht, daß sie die Einführung des Milizsystems, der Volkswehr durchzusetzen vermag, so wird sich auch über die militärische Ausrüstung dieser Volkswehr reden lassen, die dann eben keinerlei Gefahr gegen den Völkerfrieden mehr darstellt und ebenso wenig als Waffe gegen den „inneren Feind“ benutzt werden kann.“

Daß die Bebel'sche Resolution über die preußischen Landtagswahlen nicht in der von Bebel beantragten Fassung angenommen worden ist, hält die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ für „keinen allzu glücklichen Entschluß“.

Die „Volksstimme“ in Magdeburg erklärt, daß mit dem Resultat des Hamburger Parteitags die Parteigenossen allerorts zufrieden sein dürften. „Hatte der Parteitag in Hamburg vortheilhaft sich bereits dadurch von seinen Vorgängern ausgezeichnet, daß Anträge kleinlicher Art vermieden, die Parteigenossen der einzelnen Orte sich der größten Zurückhaltung befleißigt hatten, so stand dieser Kongreß in bezug auf Arrangement und Verlauf obenan. Wie immer auch die Diskussion über bestimmte Fragen sich gestaltete, ernst und würdevoll ist sie im allgemeinen geführt worden auf der ganzen Linie. Wir pflichten dem Genossen Singer vollkommen bei in der Meinung, daß dieser Parteitag weder Sieger noch Besiegte kannte.“

Zu dem Beschluß über die preußischen Landtagswahlen bemerkt die „Volksstimme“:

„Daß der Parteitag es ablehnte, diese Frage nur von preußischen Delegirten entscheiden zu lassen, entsprach völlig der bisherigen Tradition der Partei: den zentralistischen Charakter derselben in keiner Weise zu verletzen. Wir haben in dieser Beziehung unsere frühere Meinung korrigiren müssen.“

Die „Volkswacht“ in Breslau schreibt: „Der Parteitag hat seine Aufgaben in einer Weise erledigt, die die frohe Zuversicht rechtfertigt, daß die Partei, innerlich gekräftigt, den unvermeidlichen neuen Kämpfen für die Sache des Volkes siegesbewußt entgegengeht. Die zu tage getretene Divergenz der Meinungen in den taktischen Fragen wird der Einmüthigkeit des Handelns sicherlich nicht hinderlich sein.“

Aus der „Rheinisch-Westf. Arbeiter-Ztg.“ sei das folgende wiedergegeben: „Unsere Presse macht erfreuliche und stetige Fortschritte sowohl in der äußeren Verbreitung wie in der inneren Vervollkommnung. An der Kritik, die der beste Sporn zum Weiterstreben ist, fehlt es nicht. Viel ungünstiger steht es mit der Buch- und Broschürenliteratur; minderwerthige, oder gar blos auf den Geldbeutel des Arbeiters spekulirende Schriften werden nach wie vor in einer enormen Zahl von Exemplaren gekauft. Der Leiter der Vorwärts-Buchhandlung hatte diese Thatsache kritisirt. Diejenigen Schriften, die Genosse Fischer als Schund ausdrücklich bezeichnet hatte, verdienen diese Charakteristik durchaus und so begreiflich es ist, daß der in der Schulbildung zu kurz gekommene Arbeiter oft zu werthloser und geistabstumpfender Lektüre greift, ebenso angebracht ist die sozialdemokratische Warnung vor ihnen.“

Das „Volksblatt für Halle“ erörtert speziell den Beschluß über die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. Es bedauert, daß Punkt 4 und 5 der Bebel'schen Resolution nicht angenommen worden sind, und ist nicht der Meinung, daß diese Punkte erledigt seien durch Annahme des Mittag'schen Amendements: „Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“

„Wir behaupten“ — führt unser Bruderorgan aus — „daß das Mittag'sche Amendement entweder die wirksame Wahlbetheiligung unmöglich machen oder im Wahlkampfe unbeachtet bleiben wird. Wahrscheinlich wird der letztere Fall eintreten. Denn gleich nach der Abstimmung wurde aus den Reihen der Delegirten die Frage laut, wie man sich denn nun bei den Stichwahlen — und bei den Landtagswahlen werden für uns nur die Stichwahlen in betracht kommen — zu verhalten habe. Singer erklärte darauf, daß dann die bei den Reichstags-Stichwahlen geübte Praxis in kraft trete, daß nämlich die sozialdemokratischen Wahlmänner bei Stichwahlen von zwei Uebeln das kleinere wählen werden.

Was bleibt aber dann von der Bestimmung, daß Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien nicht abgeschlossen werden dürfen, übrig? Welchen Zweck, welchen Werth hat sie dann noch? Gar keinen; sie ist hinfällig, ja direkt schädlich. Wir halten es für keinen Nachtheil, daß Punkt 3b gefallen ist, welcher erlauben wollte, daß unsere Genossen in Ermangelung eigener Wahlmänner von vornherein für die Wahlmänner bürgerlicher Oppositionsparteien sollten stimmen dürfen. Aber die Bestimmungen unter 4 und 5 müßten aufrecht erhalten bleiben, sie bildeten die Klinge zum Messerheft der Wahlbetheiligung.“

Die „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. schreibt: „Vergebens bemühen sich die Preßorgane unserer gesammten Gegner, einen Gegensatz innerhalb unserer Partei zu konstruiren. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ macht diesen Versuch, indem sie auf die Debatte verweist, die anläßlich der Darlegungen des Genossen Schippel über das Verhalten unserer Fraktion im Reichstag gelegentlich der Artillerieforderungen entstand. Wohl wurde mit recht die von Schippel dabei gewählte Form der Darlegung der Gründe, welche die Fraktion zwar selbstverständlich trotzdem zur Ablehnung der Kanonenforderung veranlaßten, aber gleichzeitig bewogen, von eingehenden Erörterungen gerade bei dieser Gelegenheit abzusehen, mißbilligt. Und ebenso wenig können wir die, allerdings in der Form höchst geschickte Rechtfertigung Schippel's durch den Genossen Auer gutheißen. In jedem Falle hatten diejenigen Delegirten vollkommen recht, welche die Meinung vertraten, daß unsere Partei niemals die Vermehrung der Mordinstrumente stillschweigend zulassen darf. In der That konnte ja ein solcher Vorwurf nicht erhoben werden, da unsere Fraktionsgenossen sowohl in der Kommission als im Plenum des Reichstages gegen die Kanonen stimmten. Aber mehr war auch in diesem Falle kaum möglich, da es sonst schwer gewesen wäre, die in der Kommission gegebenen vertraulichen Mittheilungen bei einer eingehenden Kritik der Vorlage unberührt zu lassen. Unseres Erachtens ist damals nur der Fehler seitens der Fraktion gemacht worden, daß die Sachlage nicht in der Presse sofort genügend erklärt wurde. Wäre das geschehen, wir sind überzeugt, die ganze Angelegenheit wäre überhaupt nicht mehr auf dem Parteitag angeregt worden.“

Ueber den Parteitag selbst meint die „Volksstimme“: „Alles in allem, wir können mit den Verhandlungen dieses Parteitages an der Wasserkante zufrieden sein.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: „Vielleicht wird in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie der Parteitag an der Waterkant einmal zwar nicht zu den fruchtbarsten, sicher aber zu den lehrreichsten zählen. Daß auch er die trügerischen Hoffnungen der Gegner, die in spaßhafter Selbsttäuschung von einer drohenden Spaltung fabulirten, enttäuschen würde, verstand sich am Rande; die Partei der arbeitenden Klasse scheitert nicht an taktischen Meinungsverschiedenheiten. Eine bedeutsame Frage der Taktik ist es gewesen, die im Vordergrunde der Verhandlungen stand, die der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. Nun ist am 9. Oktober nach heißem Redestreite die bekannte Kölner Resolution, die jede Wahlbetheiligung unter dem Dreiklassen-Wahlrechte untersagte, aufgehoben, die Betheiligung der Sozialdemokratie Preußens an den nächsten Landtagswahlen im Jahre 1898 beschlossen, jedes Bündniß und Kompromiß mit anderen Parteien aber ausdrücklich verboten worden. Die einzelnen Wahlkreise ferner entscheiden souverän über die Frage der Betheiligung; sie haben hierüber zu bestimmen.

Trotz der glänzenden Beredtsamkeit Auer's und Bebel's entschied sich der Parteitag gegen die Kompromißpolitik, er verwies und beschränkte die Anhänger der Dreiklassenwahl-Betheiligung auf die eigenen Machtmittel, die eigene Kraft. Was dabei erreicht werden wird, wie sich die neue Taktik in Preußen bewähren wird, mag das kommende Jahr zeigen.“

Antisemitischer Parteitag.

Vom Parteitag der deutsch-sozialen Reformpartei ist in Ergänzung des Berichtes in der politischen Uebersicht unserer Nummer vom 12. d. M. noch zu melden, daß die Abg. Liebermann von Sonnenberg und Zimmermann wieder zu Vorsitzenden gewählt wurden. Nachdem dieses Ergebniß als — ein Stolz für die antisemitische Partei begrüßt worden war, wurde die Debatte über die Arbeiterfrage fortgesetzt. Dr. Lindström, der Korreferent zu den Raab'schen Thesen, schließt seine Ausführungen folgendermaßen:

Das Alter für die Zulassung zur Fabrikarbeit müsse heraufgerückt werden. Nicht aus sentimentalen, sondern von praktischen Gründen müsse die Frauenarbeit eingeschränkt und die Wohnungsfrage geregelt werden. Die Erfüllung dieser Forderungen biete die Gewähr, daß die Arbeiterschaft zurückkehrt zur freudigen Mitarbeit an der Erhaltung des Vaterlandes.

Delegirter Polster-Krimmitschau meinte, daß der Kampf zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nie aufhören werde. Die Lohnerhöhung werde eine Schraube ohne Ende sein. Industrie, Handel und Landwirthschaft würden lahm gelegt, weil das Ausland uns nicht folgen würde. Wir würden nicht an der Spitze, sondern am Ende der Zivilisation marschiren. Die Schaffung der Koalitionspflicht der Arbeiter würde einen Zusammenschluß der Arbeitgeber zur Folge haben. Die Arbeitgeber seien vielfach viel schlechter gestellt als die Arbeiter, ihnen weitere Opfer der Humanität aufzuerlegen, wäre gleichbedeutend mit ihrem Ruin. Die dem Arbeitgeber heute schon auferlegten Lasten seien sehr erheblich. Der Grund des Zuzugsrechts nach den großen Städten liege in der Genußsucht, die Freizügigkeit befördere also die niedrigsten Leidenschaften. Daß man die weiblichen Arbeiter vor unsittlichen Angriffen seitens der Arbeitgeber schütze, sei verständig. Aber wie leicht können auch hier Mißbräuche eintreten, wie falsche Denunziationen und Erpressungen. Auch die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sei recht schön, aber in der Regel falle Arbeitslosigkeit und Arbeitsscheu zusammen. Die Haupttübelstände auf diesem Gebiete seien bereits durch die Krankenversicherung beseitigt. Redner schließt unter Beifall mit der Bitte um Ablehnung der Leitsätze.

Delegirter Aschendorff-Neustettin hält einen Unterschied zwischen Fabrik- und Landwirthschaftsbetrieben für nothwendig. Der Fabrikbetrieb verbrauche, der Landwirthschaftsbetrieb erhalte die Arbeitskraft. Hiernach müsse auch die Frage der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter betrachtet werden. Aus den landwirthschaftlichen Betrieben jugendliche Arbeiter generell fernzuhalten, wäre thöricht. Ausgenommen werden muß der landwirthschaftliche Aktienbetrieb, ihn zurückzudrängen sei Pflicht des Staates, weil er auf die Monopolisirung, auf die brutalste Ausbeutung hinausläuft. Die von Herrn Raab aufgestellten Forderungen würden den Arbeitgeber entrechten.

Abg. Zimmermann: In der Erhaltung des Mittelstandes liege die größte Arbeiterfreundlichkeit. Mit dem Mittelstande gehe auch der Arbeiterstand zu grunde. Die Annahme der Raab'schen Thesen würde den Ruin des Mittelstandes zur Folge haben. Er müsse vor diesem Wege warnen, weil er einen Bruch mit den Grundsätzen der Partei bedeuten würde. (Beifall.)

Abg. Lotze: Die Mittelstandspolitik sei die beste Arbeiterfreundlichkeit.

Delegirter Meule-Goslar beantragt gleichfalls Ablehnung der Raab'schen Anträge. Die Koalition der Arbeiter in der Landwirthschaft sei einfach undenkbar, in der Industrie aber bedenklich, weil sie den kleinen Arbeitgeber ruiniren müßte.

Abg. Pastor Jskraut: Dem Antragsteller Raab sei sein gutes deutsches Herz mit dem Verstande durchgegangen.

Pastor Specht-Zell (im badischen Oberlande): Die Hebung des vierten Standes müsse man befördern, diese Forderung liege aber im vorhandenen Programm.

Dr. Bock-Peine: Sorge man für den deutschen Arbeiter, indem man die Grenze für fremde Arbeiter schließt, damit rücke man auch der Arbeitslosigkeit auf den Leib. Uebervölkerung und Mangel an Bevölkerung müßte ausgeglichen werden durch Beschränkung der Freizügigkeit.

Delegirter Knölle-Kassel tritt für den Raab'schen Standpunkt ein, um der Sozialdemokratie mit größerem Gewicht entgegentreten zu können. Eine ausschließliche Betonung der Mittelstandspolitik sei verfehlt.

Henn-Frankfurt a. M. beantragt die Anerkennung des Satzes Recht auf Arbeit, das sei nach seiner Meinung der einzige Weg zur Gesundung unserer sozialen Verhältnisse.

Delegirter Marr-Darmstadt tritt den Ausführungen des Abg. Zimmermann bei und verlangt vor allem Fürsorge für den Mittelstand. Der Arbeiter sei heute ungleich besser gestellt, als der Arbeitgeber. Redner warnt vor der Annahme der Raab'schen Anträge.*)

Jenzen-Kottbus betont den Unterschied zwischen ländlichen und industriellen Arbeitern. Im deutschen Arbeiterstande finde man das lebhafte Nationalgefühl nicht, hier höre man nur Schmähungen gegen alles, was einem nationaldenkenden Mann heilig und theuer ist. Fürsorge gebühre gegenwärtig vor allem dem jugendlichen Arbeiter. (Beifall.)

Delegirter Kurzhals-Suhl: Raab's Kritik des Arbeiterelends schieße über das Ziel. Die Grundlagen für die Arbeiterfürsorge seien bereits geschaffen.

Delegirter Weber-Hamburg tritt für die Ansichten Raab's ein.

Rechtsanwalt Jacobs-Hamburg erklärt, aus der gestrigen Debatte einen betrübenden Eindruck empfangen zu haben. Die Gerechtigkeit verlange, für den Arbeiter einzutreten. Die soziale Nachlässigkeit habe viel versäumt, mit Gewaltmaßregeln könne das nicht wieder eingeholt werden.

Delegirter Fröhlich-Potsdam: Unter einem leistungsfähigen Mittelstande wird sich auch das Loos der Arbeiter verbessern. Durch

*) Obgleich die Debatte über die Arbeiterfrage an dieser Stelle unterbrochen wurde, geben wir diese Verhandlungen hier doch im Zusammenhange.

die Raab'schen Thesen würde die Axt an die Wurzel des Mittelstandes gelegt und die Lage des Arbeiterstandes verschlechtert.

Delegirter Schack verlangt die Annahme der Raab'schen Thesen, um damit eine feste Säule gegen das System Stumm aufzurichten.

Felke-Charlottenburg: In großen Städten sei der Arbeiter durchweg besser gestellt als der Arbeitgeber aus dem Mittelstande. Der Arbeitgeber sei aber an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt; die von den Hamburgern verlangte Koalitionspflicht würde sich gegen den Arbeitgeber richten und den Mittelstand aufs schwerste schädigen, ohne dem Arbeiter selbst zu nützen. In demselben Sinne äußerten sich Weule-Goslar und Gockert-Breslau.

Nach einem Schlußwort des Antragstellers Raab wurde an stelle der zurückgezogenen Anträge folgende Resolution Zimmermann, Dr. Lindström und Genossen mit großer Mehrheit angenommen:

„I. Da das Programm der deutsch-sozialen Reformpartei, bezüglich der Arbeiterfrage, im allgemeinen den berechtigten Wünschen der Arbeiter sowie dem heutigen Stande der wirthschaftlichen Erkenntniß entspricht, nimmt der Parteitag Abstand von einer Programmänderung, bezeichnet jedoch als bei der Auslegung der Programmgrundsätze weiter zu beachtende Richtpunkte folgende:

1. Reform unserer wirthschaftlichen Verhältnisse im Geiste nationaler Wirthschaftspolitik;

2. Zwangsorganisation der Fabrikindustrie mit gesetzlich geschützter Durchführung der Koalition der Arbeiter;

3. für die Hausindustrie sind geeignete Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und ihrer Hausgenossen zu schaffen;

4. die Verarbeitung giftiger Stoffe ist zu verbieten, sofern für sie Ersatzmittel vorhanden sind;

5. Arbeitgeber und ihre Stellvertreter sind ähnlichen Bestimmungen, wie sie im § 174 des Strafgesetzbuches vorhanden sind, zu unterstellen.

II. Den Parteivereinen und Parteimitgliedern wird empfohlen, zu berathen, ob die Koalitionspflicht auf alle Arbeiter auszudehnen sei, und ferner, ob eine Einschränkung der Freizügigkeit in dem Sinne, daß zwar das Abzugsrecht erhalten, das Zuzugsrecht jedoch geordnet wird, nützlich und möglich erscheint."

Aus dem Referate des Herrn Liebermann von Sonnenberg über die bevorstehenden Wahlen heben wir folgende Stellen nach dem von uns benutzten Berichte der „Staatsbürger Zeitung" hervor:

Er erinnerte an den Beschluß des Parteivorstandes vom 4. April d. J., der allgemeine Kartellpläne jeder Art für unannehmbar erklärt und das Zusammengehen mit anderen Parteien in einzelnen Wahlkreisen den betreffenden Gesinnungsgenossen von Fall zu Fall überlassen hat. Das von den „Hamburger Nachrichten" vertretene Kartell der Bienen gegen die Drohnen wird sich kurz in die Worte fassen lassen: Kampf gegen die Juden und Judengenossen. Ihrem Programm nach stehe die konservative Partei der antisemitischen am nächsten, es sei aber zwischen einem Programm und seiner Bethätigung ein großer Unterschied. Die konservative Partei habe die Antisemiten im Reichstage auch bei Anträgen im Stiche gelassen, bei denen sie im Programm gemäß dafür hätte eintreten müssen. Die nationalliberale Fraktion sei mit als die schärfste Gegnerin anzusehen. Die nationalliberalen Wähler im Lande seien in der großen Mehrzahl Anhänger des antisemitischen Gedankens. Die deutsch-soziale Reformpartei habe der nationalliberalen Fraktion den Kampf bis aufs Messer zu erklären und sei für ihre Dezimirung im Reichstage zu sorgen. Erst dann werde ein freundschaftlicheres Verhältniß mit den Nationalliberalen möglich sein. Mit den Polen sei für die deutsch-soziale Reformpartei ein Zusammengehen nicht möglich, in jedem Falle verdiene der deutsche Kandidat den Vorzug, soweit er nicht Jude oder Sozialdemokrat ist. In diesem Falle würde Stimmenthaltung oder Unterstützung des etwa antisemitischen Polen am Platze sein. Freisinnige beiderlei Geschlechts und Sozialdemokraten seien als Juden und Judengenossen gleichmäßig als Feinde zu betrachten. Der Bund der Landwirthe sei keine politische Partei, sondern eine wirthschaftliche Gruppe. Er müsse die deutsch-soziale Reformpartei als Mitstreiterin betrachten, weil sie dieselben Ziele erstrebe wie jene und ihre Vorkämpferin sei. In letzter Zeit habe sich dies Freundschaftsverhältniß allerdings ungünstig geändert. Der Bund gehe immer mehr mit den Konservativen zusammen und scheine zu vergessen, daß im Bunde die Antisemiten ebenso vertreten sind, wie die Konservativen.

Der Bund solle sich dessen erinnern, daß er überall da, wo er mit den Konservativen zusammenging, unterlegen sei, im Verein mit den Antisemiten aber gesiegt habe. Die Nationalsozialen seien als Bundesgenossen nicht zu betrachten, weil sie Judenfreunde sind, wohl aber die Christlich-Sozialen, die im wesentlichen von demselben Standpunkte ausgegangen seien, wie die Deutsch-soziale Reformpartei.

Man solle sich nur auf aussichtsvolle Kandidaturen beschränken und auf diese die ganzen Kräfte verwenden.

Abg. Werner-Kassel: Mit dem preußischen Landrath werde der Bund der Landwirthe sich die schönsten Niederlagen holen.

Dr. Giese-Berlin will den Kampf gegen die Reichsbank auf das Unwesen der Privatbanken überhaupt ausdehnen.

Dr. Aschendorff (Neustettin) meint, daß nicht alle Vorwürfe gegen den Bund der Landwirthe zutreffend seien. Bund der Landwirthe und Deutsch-soziale Reformpartei hätten zu viel Berührungspunkte, als daß es da jemals zu einer größeren Entfremdung kommen könnte.

Delegirter Schulz (Magdeburg) hält ein Paktiren mit den Konservativen so lange für ausgeschlossen, wie diese der Deutsch-sozialen Reformpartei nicht die politische Gleichberechtigung zuerkennen. Die gleiche Klage sei gegen den Bund der Landwirthe zu führen. Man täusche sich nicht über die Hintergedanken der Konservativen. Wie sie das Landtags-Wahlrecht in Sachsen verkümmert haben, so werden sie auch mit einem Anschlag auf das Reichstags-Wahlrecht vorgehen. Deshalb müsse die Parole der Deutsch-sozialen Reformpartei lauten: Erhaltung des Reichstags-Wahlrechts!

Abg. Zimmermann: Eine Erklärung für die Erhaltung des Reichstags-Wahlrechts sei nothwendig, zu einer Zeit, wo die Regierung unter der Einflüsterung der Konservativen Fehler über Fehler begehe, das Vertrauen untergrabe und politische Leichname, wie den Freisinn, lebendig mache. Er legt folgende Resolution vor:

Gegenüber den sich mehrenden Bestrebungen der Reaktion auf Beschränkung der bestehenden Volksrechte hält es der Parteitag für Pflicht, den Grundsätzen der Deutsch-sozialen Reformpartei gemäß folgendes zu erklären:

„1. Das allgemeine gleiche, geheime und direkte Reichstags-Wahlrecht ist gegen seine offenen und geheimen Feinde aufs nachdrücklichste zu vertreten.

2. Den Vereinen soll das Recht gegeben werden, mit einander in Verbindung zu treten, und es sind entgegenstehende Bestimmungen in den Vereinsgesetzen der einzelnen Bundesstaaten gemäß der Zusage des Reichskanzlers aufzuheben, ohne daß dafür irgend welche Gegenleistungen in Gestalt anderweiter Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts gefordert oder gewährt werden dürfen."

Diese Entschließung wurde unter großem Beifall einstimmig angenommen. Ebenso machte der Parteitag folgenden Beschluß des Gesammtvorstandes vom 4. April d. J. einstimmig zu dem seinigen:

„Die allgemeine politische Lage macht es der Deutsch-sozialen Reformpartei zur Pflicht, in allen Wahlkreisen, in denen sie genügend organisirt ist, mit eigenen Kandidaten vorzugehen. Irgend welche Kartellvorschläge, unter welchen Namen sie auch immer auftreten mögen, sind für die Partei unannehmbar. Der Parteitag verkennt nicht, daß in einzelnen Wahlkreisen besondere Verhältnisse das Zusammengehen mit anderen Parteien geboten erscheinen lassen können. Darüber werden aber die Gesinnungsgenossen der einzelnen Wahlkreise von Fall zu Fall nach Maßgabe des Organisationsplanes selbständig zu entscheiden haben, es bedarf dafür keines allgemeinen Kartells."

Eine Sympathiekundgebung für die deutsch-österreichischen Gesinnungsgenossen der Zimmermann und Liebermann, und eine Resolution gegen die polnische Agitation wurde beschlossen.

Punkt 6 des Parteiprogramms, der Anerkennung der Natur-Heilkunde fordert, wurde gestrichen. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen wurde der Antrag, den Namen der deutsch-sozialen Reformpartei in deutsche Reformpartei abzuändern, abgelehnt.

Endlich wurde beschlossen, den Berlinern im Gesammtvorstande der Partei einen Sitz und eine Stimme einzuräumen. Mit der Ueberweisung einiger Anträge an den Gesammtvorstand wurde der Parteitag geschlossen. —

Partei-Nachrichten.

Aus dem fernen Afrika ging noch nachträglich ein Begrüßungsschreiben zum Hamburger Parteitage ein. Es hat folgenden Wortlaut: „Der Arbeiterverein Pretoria in Transvaal sendet dem Parteitage die herzlichsten Wünsche. Mögen die versammelten Genossen, vom rechten Geiste beseelt, in Eintracht recht ersprießliches für die Interessen des Proletariats berathen."

Unseren deutschen Genossen in Süd-Afrika für ihre freundliche Aufmerksamkeit herzlichen Dank und Gruß aus dem Heimathlande! Sie werden aus den Berichten über den Verlauf des Hamburger Parteitages ersehen, daß die Interessen des Proletariats wieder ein tüchtig Stück gefördert worden sind.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Auf sonderbare Weise war, wie wir berichteten, am 3. Oktober in Breslau eine Volksversammlung der Auflösung verfallen. Der Vorsitzende hatte sein Amt auf einige Minuten dem Stellvertreter übergeben und sich vom Bureautische entfernt, was der überwachende Beamte aus dem Grunde moniren zu dürfen glaubte, weil der Wechsel des Vorsitzes ihm jedesmal gemeldet werden müsse. Als der Vorsitzende dieses Verlangen zur Sprache brachte und zurückwies, löste der Beamte, der sich „persönlich" angegriffen fühlte, die Versammlung auf. Die Beschwerde dagegen ist nun vom Polizeipräsidenten dahin beantwortet worden, daß die Maßnahme des Polizeikommissarius nicht als berechtigte und mit den gesetzlichen Bestimmungen im Einklang stehend habe erachtet werden können. Es sei dem Beamten schon mehrere Tage vor Eingang der Beschwerde im Dienstaufsichtswege das Erforderliche eröffnet worden.

— In Beziehung auf die gestern gemeldete Auflösung einer Vereinsversammlung in Gohlis bei Dresden meint die „Sächsische Arbeiterzeitung", daß der Beamte, der die Schuld trägt, daß der Gendarm von der Anmeldung der Vereinsversammlungen nicht in Kenntniß gesetzt wurde, für den entstandenen Geldschaden ersatzpflichtig gemacht werden könne. Das Bürgerliche Gesetzbuch für das Königreich Sachsen bestimme in § 1507: „Von dem Staate oder von Gemeinden angestellte Verwaltungsbeamte haften für den Schaden, welchen sie bei Behandlung der ihnen obliegenden Geschäfte absichtlich oder durch grobe Fahrlässigkeit verursachen, ausgenommen, wenn der Geschädigte unterlassen hat, die gesetzlichen Mittel zu gebrauchen, durch welche er die Schadenzufügung hätte abweisen können." — „Der praktische Werth dieser Gesetzesbestimmung" — so führt die „Sächsische Arbeiter-Ztg." weiter aus — „wird allerdings wieder stark beeinträchtigt dadurch, daß für die Erlangung einer solchen Entschädigung ein kostspieliger und umständlicher Zivilprozeß erforderlich ist, der nur vor dem Landgericht geführt werden kann. Man bedarf dazu eines Rechtsanwalts und die Verhältnisse sind bei uns derart, daß wir uns nicht zutrauen, in Dresden einen Rechtsanwalt zu finden, der so willig für uns die Führung eines solchen Prozesses gegen einen Beamten übernimmt. Ein papierenes Recht haben wir also, nur ist es in der Praxis nicht viel werth."

— Das Schwurgericht in Wien verurtheilte den antisemitischen Redakteur Kunschak wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Abgeordneten Schrammel zu 2 Monaten Arrest. Kunschak hatte von Schrammel behauptet, er habe 132 Gulden veruntreut.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

An die Gewerkschaften Berlins. Die Gewerkschaften, die noch im Besitz der statistischen Fragebogen sind, die ihnen von der Berliner Gewerkschafts-Kommission zugesandt wurden, werden hierdurch aufgefordert, diese Fragebogen bis zum 18. Oktober an Unterzeichneten ausgefüllt zurückzusenden.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.
J. A.: R. Millarg, Annenstr. 16 I.

Die Spandauer Korbmacher legten am Montag in den Werkstellen C. Krieger und Bärwalde einmüthig die Arbeit nieder, da von den Unternehmern Lohnkürzungen (pro Geschoßkorb 4,50 M. statt bisher fünf Mark) vorgenommen werden sollten; etwa 86 Mann waren bei dieser Arbeitsniederlegung betheiligt. Während der Unternehmer Krieger sich bereit finden ließ, ferner 4,80 M. pro Geschoßkorb zu zahlen, ließ sich der Werkleiter der Bärwalde'schen Werkstatt auf kein annehmbares Angebot ein und behandelte die Korbmacherkommission, die mit ihm zu unterhandeln suchte, vielmehr in höchst ungeziemender Weise. In der am Dienstag stattgehabten Korbmacherversammlung wurde beschlossen, die Arbeit bei Krieger am Mittwoch Morgen für den Preis von 4,80 wieder aufzunehmen. Von Bärwalde soll die Kommission mit Unterstützung zweier Delegirten des Gewerkschaftskartells den gleichen Preis fordern und eventuell die Sperre über diese Werkstatt verhängt werden. Wie uns mitgetheilt wird, soll von den Unternehmern der für diese Industrie hauptsächlich in betracht kommenden Orte eine allgemeine Lohnreduktion geplant sein.

Deutsches Reich.

In Stettin sind zirka 60 Maurer, die am Schulbau beschäftigt waren, in den Ausstand getreten. Die Arbeiter verlangen 45 Pf. Stundenlohn und die Wiedereinstellung der gemaßregelten Berufskollegen.

In Mühlhausen i. Th. haben bei der Gewerbegerichts-Wahl in der Klasse der Unternehmer sämmtliche Kandidaten der Gewerkschaften den Sieg davongetragen. Die Liste des deutsch-nationalen Arbeitervereins brachte es glücklich auf 30 Stimmen, während unsere Liste zwischen 868—399 Stimmen aufwies.

Ausland.

Aus Brest wird der „Kölnischen Zeitung" gemeldet: Die Fischer von Camaret beschlossen den Ausstand. Die Direktoren der Sardinen-Niederlagen erklärten, sie würden ihren Betrieb schließen, wenn der Ausstand sich verlängere.

Im Kampf der englischen Maschinenbauer ist irgend eine Aenderung nicht eingetreten. Die Unternehmer behaupten, an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen zu sein, die englische Industrie könne wegen der ausländischen Konkurrenz eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit nicht vertragen. „Es giebt eben eine Grenze," so schreibt man der „Köln. Ztg." aus England, „wo nicht mehr der gute Wille, sondern die Existenzfrage entscheidet. Daß diese Grenze hier zu Lande ungefähr erreicht ist, ersieht man unter anderem aus der heute vorliegenden Nachricht, daß die amerikanische Maryland Steel Company einen Abschluß von 8000 Tonnen Schienen für die Ostindische Staatsbahn 1 Pfd. Sterl. per Tonne unter dem niedrigsten englischen Angebot abgeschlossen hat. Für Südafrika hat dasselbe Werk 1500 Tonnen, für die Intercolonial-Bahn in Neuschottland 3000 Tonnen, für Charlestown Prinz Edwards-Insel 1000 Tonnen unter gleichen Verhältnissen abgeschlossen. Auch die Stadtgemeinde Glasgow hat in vergangener Woche ihren Bedarf an eisernen Gasröhren in Amerika (Philadelphia) 1 Pfd. Sterl. die Tonne unter dem niedrigsten englischen Angebot gedeckt."

Ohne Zweifel sind hohe Löhne und kurze Arbeitszeiten geeignet, die Produktionskosten zu erhöhen; ob aber die oben bezeichnete höhere Forderung englischer Firmen gegenüber den amerikanischen auf diesen Umstand allein zurückzuführen ist, erscheint doch zweifelhaft, denn in Amerika dürfte der Arbeitslohn noch höher und die Arbeitszeit zum mindesten nicht kürzer sein. Daß die großen industriellen Unternehmer auch in England noch immer hübsche Profitchen abwerfen, war kürzlich aus einer Veröffentlichung des „Daily Chronicle" zu ersehen. Danach vertheilten die „Armstrong Werke" in Elswick in den letzten zwölf Jahren folgende Dividende:

1886	9¼ pCt.	1892	9½ pCt.
1887	10½ „	1893	10 „
1888	11 „	1894	11¼ „
1889	11 „	1895	11¼ „
1890	11¼ „	1896	11¼ „
1891	11½ „	1897	13⅓ „

Soziales.

Den Stand der Volksbildung in den verschiedenen Ländern mit einander zu vergleichen, ist sehr interessant, wenn auch die Resultate solcher Vergleiche nicht immer ganz einwandsfrei sind. Es handelt sich dabei meist um die Feststellung der sogenannten „Analphabeten", das heißt derjenigen Personen, die weder lesen noch schreiben können. Zu vergleichen sind die Resultate deshalb nur mit Vorbehalt, weil die Ermittelung der Analphabeten in den verschiedenen Ländern auf verschiedenen Wegen erfolgt, theils bei den allgemeinen Volkszählungen, theils bei der Eheschließung, theils bei den Rekrutenaushebungen. Ein Vergleich von auf letzterem Wege gewonnenen Resultaten ergiebt z. B. folgendes Bild: Es gab unter je 10 000 Militär-Dienstpflichtigen Analphabeten in

Dänemark	36	Niederlande	1282
Schweden	40	Belgien	1748
Deutschland	51	Oesterreich	3890
Schweiz	230	Italien	4204
Frankreich	1243	Ungarn	5080

Zu bemerken ist jedoch, daß die Anforderungen an den Bildungsnachweis ganz verschieden sind. In Deutschland z. B. beschränkt man sich auf das Erforderniß, einigermaßen lesen und den Namen schreiben zu können; in der Schweiz dagegen wird der Rekrut einer umfassenden Prüfung in verschiedenen Fächern unterworfen. Dadurch erscheinen natürlich die Resultate Deutschlands, das in der Tabelle an dritter Stelle rangirt, bei weitem zu günstig. Innerhalb des Deutschen Reiches ist Preußen am schlechtesten gestellt; es hatte 1890 unter je 10 000 seiner Rekruten 78 Analphabeten, Württemberg und das Königreich Sachsen hatten unter je 10000 Rekruten nur 1 Analphabeten, Baden 2 und Bayern 5. Im allgemeinen kann man sagen, daß hinsichtlich der Schulbildung die germanischen und czechischen Länder, auch Finland am höchsten stehen; den zweiten Platz nehmen die Franzosen, den dritten die Magyaren, die katholischen Slaven und die Italiener ein; dann folgen die Spanier und die Portugiesen, und zuletzt die unter der Herrschaft der griechisch-katholischen Kirche stehenden Völker im Osten Europas.

Die Verdrängung der Arbeit des Mannes durch die billigere Frauenarbeit ist besonders auffällig in der Textilindustrie zu bemerken. Im Bezirk der Greizer Handelskammer hat im letzten Berichtsjahre die Zahl der jugendlichen Arbeiter abgenommen, während die der jugendlichen Arbeiterinnen beträchtlich stieg; es rührt dies von der ausgedehnten Beschäftigung der Mädchen in der Strumpfwirkerei her. Die Greizer Handelskammer sieht dadurch den „Erfahrungssatz" bestätigt, „daß die diesseitige Textilindustrie durch den nie ruhenden Fortschritt in der Erleichterung der menschlichen Hantirungen immer mehr zu einem Gewerbe für das weibliche Geschlecht wird".

Die Zulassung der Frauen zur Mitwirkung bei der Armenpflege hat der Große Rath des Kantons Basel-Stadt in der Schweiz beschlossen. Derselbe Fortschritt ist im Berliner Stadtverordneten-Kollegium bekanntlich von unserm Parteigenossen angeregt worden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 13. Oktober. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Fortsetzung. Hochenburger begründet die Anklage gegen den Ministerpräsidenten Grafen Badeni wegen des Erlasses vom 2 Juni 1897 an die Landeschefs betreffend das Verhalten der behördlichen Organe bei den Versammlungen. Die Deutschen würden den Kampf gegen die Sprachenverordnungen niemals aufgeben. Die Bewegung gegen die Sprachenverordnungen sei keine hochverrätherische, sondern eine österreichische zum Schutze der Reichseinheit. (Lebhafter Beifall links.) Die Gesetzwidrigkeit des Erlasses sei zweifellos. Wolf führt aus, durch den Geheimerlaß werde das staatsgrundgesetzlich gewährleistete Recht aller Völker Oesterreichs, nicht nur der Deutschen verletzt. Das Parlament könne sich nicht gefallen lassen, daß die Säulen des Konstitutionalismus umgerissen wurden. Die Deutschen Böhmens würden sich nicht mundtodt machen lassen. (Beifall links.)

Der Ministerpräsident Graf Badeni erklärte, er wolle sich nur an die sachlichen Umstände halten, welche ihm als eine Gesetzesverletzung vorgeworfen worden seien. Das Ministerium des Innern habe thatsächlich eine Verfügung erlassen in betreff des Vorgehens der behördlichen Organe bei Versammlungen; dies entspreche der von dem Ministerium des Innern geübten Praxis, an die Unterbehörden Weisungen im Interesse einer geregelten Administration zu erlassen. Der Erlaß enthalte absolut nichts Gesetzwidriges. Der Ministerpräsident verwahrt sich auf das Entschiedenste dagegen, daß die behördlichen Organe den Rednern in den Versammlungen gewissermaßen Fallen zu legen hätten, damit die Redner sich aussprächen, um sodann gegen sie vorzugehen. (Lärm und Widerspruch links.) Der Ministerpräsident ruft aus: Ich bin nicht gewillt, mich durch Lärm und Schreien behindern zu lassen. Es ist mein Recht ebenso gut wie das eines jeden Abgeordneten und es liegt in meinem Interesse wie in dem der Abgeordneten, mich aussprechen zu lassen, sonst werde ich auf das Wort für jetzt verzichten, ein Verzicht, der auch bezüglich der beiden anderen Anträge gelten wird. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen rechts.) Der Erlaß, fuhr Redner fort, der nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war, habe den Spitznamen „Geheimerlaß" bekommen, wodurch die Phantasie geweckt sei und der Erlaß, weil er auf illegalem, inkorrektem Wege veröffentlicht sei, zahlreiche Deutungen erfahren habe, welche bis zu einer Minister-Anklage angewachsen seien. Den schärfsten Tadel verdiene der Beamte, der den Erlaß gegen Pflicht und Amtseid der Oeffentlichkeit verrathen hätte. Redner schloß: „Die österreichischen Beamten sind pflichttreu und es liegt im Interesse des Volkes, dessen Vertreter die Abgeordneten sind, daß die Beamten pflichttreu bleiben!" (Lebhafter Beifall, Händeklatschen rechts.) Die Verhandlung wurde sodann abgebrochen. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Triest, 13. Oktober. (B. H.) Wie der „Piccolo" aus Mailand meldet, hat gestern der römische Korrespondent des Mailänder „Italia del Popolo", namens Mosconi, einen Erpressungsversuch gegen den Kommodore Perrone versucht. Letzterer, der von der „Italia del Popolo" vor einiger Zeit heftig angegriffen worden war, übergab Mosconi 50 000 Lire, ließ denselben aber beim Verlassen der Villa in Haft nehmen.

Budapest, 13. Oktober. (B. H.) Bei einem Neubau in Altofen stürzte eine Feuermauer ein. Eine größere Anzahl Arbeiter wurde verschüttet. Zwei Todte und mehrere Verwundete sind bereits unter den Trümmern hervorgezogen worden.

Konstantinopel, 13. Oktober. (B. H.) Der Kommandeur der albanesischen Wache im Yildiz Kiosk, Aris Effendi, hat Selbstmord durch Erschießen begangen.

Marseille, 13. Oktober. (W. T. B.) Die hier eingetroffenen tonkinesischen Blätter berichten, daß das einer Flußschifffahrts-Linie gehörige Schiff „Raphael" in der Nähe von Nam Dinh infolge Zusammenstoßes mit einem chinesischen Fahrzeug gesunken ist. Etwa 30 Personen seien ertrunken.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u Unterhaltungsblatt

Nr. 240. 14. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 14. Oktober 1897.

Die Wahlen zum Reichs-Versicherungsamt.

Das Reichs-Versicherungsamt giebt in seiner letzten Nummer der „Amtlichen Nachrichten" das Ergebniß der Wahlen zum Reichs-Versicherungsamt bekannt. Die Wahlperiode währt vom 1. Okt. 1897 bis 30. September 1901. Zu wählen waren je zwei nichtständige Mitglieder der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der gewerblichen Berufsgenossenschaften, sowie je 15 Stellvertreter. In der Klasse der Arbeitnehmer trug die Liste des „Berliner Arbeitervertreter-Vereins" den vollständigen Sieg davon. Das Resultat stellt sich wie folgt zusammen:

I. Von den 64 wahlberechtigten Berufsgenossenschaftsvorständen haben 63 und von den 339 wahlberechtigten Ausführungsbehörden 243 ihre Stimmzettel rechtzeitig eingesandt. Auf grund der Eintragungen in den Stimmzetteln sind mit Stimmenmehrheit zu nichtständigen Mitgliedern gewählt:

1. Kommerzienrath und Major a. D. Gustav Kettner zu Berlin, Vorstandsmitglied der Speditions-, Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft mit 5 687 064 Stimmen; 2. Baumeister Bernhard Felisch zu Berlin, Vorstandsmitglied der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 5 687 064 Stimmen. Der Rest der Stimmen zersplitterte sich auf 20 weitere Personen.

Als Stellvertreter der vorgenannten Mitglieder sind mit Stimmenmehrheit gewählt und zwar: a) als Stellvertreter des ersten nichtständigen Mitgliedes: 1. Kommerzienrath Max Frey zu Mülhausen i. E., Vorstandsmitglied der Textil-Berufsgenossenschaft von Elsaß-Lothringen mit 5 697 963 Stimmen; 2. Kommerzienrath Julius Moeller zu Berlin, Vorstandsmitglied der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft mit 5 697 963 Stimmen; 3. Oberbergrath Hermann Priehe zu Saarbrücken, Vorstandsmitglied der Knappschafts-Berufsgenossenschaft mit 5 697 963 Stimmen; 4. Hüttendirektor Moritz Ottermann zu Dortmund, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft mit 5 697 963 Stimmen; 5. Maurermeister Emil Hildebrandt zu Halle a. d. Saale, Vorstandsmitglied der Magdeburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 5 697 963 Stimmen; 6. Schiffsherr Wilhelm Dümling zu Schönebeck a. d. Elbe, Vorstandsmitglied der Elbschiffahrts-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 7. Fabrikbesitzer Robert Kugel zu Lüdenscheid, Vorstandsmitglied der Norddeutschen Edel- und Unedelmetall-Industrie-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 8. Teigwaarenfabrikant Max Henniger zu Neu-Weißensee bei Berlin, Vorstandsmitglied der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 9. Königlicher Amtsrath Franz Oestereich zu Siegersleben bei Eisleben, Vorstandsmitglied der Brennerei-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 10. Baumeister Wilhelm Teichgräber zu Dresden, Vorstandsmitglied der Sächsischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 11. Maurermeister Louis Hochapfel zu Kassel, Vorstandsmitglied der Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 St.; 12. Kommerzienrath Otto Metzenthin zu Brandenburg a. H., Vorstandsmitglied der Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 13. Direktor Ugé zu Kaiserslautern, Vorstandsmitglied der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 14. Oberbürgermeister Heinrich Wagner zu Ulm a. D., Vorstandsmitglied des Amtsversammlungs-Ausschusses der Amtskorporation Ulm mit 5 697 913 Stimmen; 15. Fabrikbesitzer Kahl Wahlen zu Köln a. Rh., Vorstandsmitglied der Ziegelei-Berufsgenossenschaft mit 5 687 064 Stimmen;

b) als Stellvertreter des zweiten nichtständigen Mitgliedes: 1. Maurermeister Hermann Frese zu Barmen, Regierungsbezirk Düsseldorf, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 5 697 963 Stimmen; 2. Eisenbahn-Bauunternehmer Otto Bandke zu Berlin, Neue Winterfeldstr. 15, Vorstandsmitglied der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, mit 5 697 963 Stimmen; 3. Bijouteriefabrikant Albert Wittum zu Pforzheim in Baden, Vorstandsmitglied der Süddeutschen Edel- u. Unedelmetall-Berufsgenossenschaft, mit 5 697 963 St.; 4. Bürgermeister a. D. und Direktor Theodor Kelders zu Köln a. Rh., Habsburgerring 26, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft mit 5 697 963 Stimmen; 5. Direktor der kgl. Porzellanmanufaktur Dr. Albert Heinecke zu Berlin, Wegelystraße, Vorstandsmitglied der Töpferei-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 6. Stadtrath Hermann Keferstein zu Halle a. S., Vorstandsmitglied der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 7. Fabrikant Albert Stosch zu Lomnitz, Regierungsbezirk Posen, Vorstandsmitglied der Glas-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 St.; 8. Kommerzienrath Adolf Schiedmayer zu Stuttgart, Neckarstraße 14/16, Vorstandsmitglied der Berufsgenossenschaft der Musikinstrumenten-Industrie mit 5 697 913 Stimmen; 9. Direktor Robert Hoffmann zu Berlin, Koltbuserstr. 5, Vorstandsmitglied der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie mit 5 697 913 Stimmen; 10. Rechtsanwalt und Stadtrath a. D. Oskar Hugo Siegmund Teucher zu Dresden, Vorstandsmitglied der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke mit 5 697 913 Stimmen; 11. Lasting- und Schäftefabrikant Wilh. Kattwinkel zu Wermelskirchen, Vorstandsmitglied der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 12. Architekt und Maurermeister Kaiser zu Hannover, Vorstandsmitglied der Hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 13. Direktor B. Hille zu Leipzig, Vorstandsmitglied der Straßenbahn-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 14. Bergrath und Hüttenwerks-Direktor Karl Jüngst zu Gleiwitz, Vorstandsmitglied der Schlesischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft mit 5 697 913 Stimmen; 15. Lederfabrikant J. B. Keller zu Beurig, Regierungsbezirk Trier, Vorstandsmitglied der Lederindustrie-Berufsgenossenschaft mit 5 687 064 Stimmen. Der Rest der Stimmen zersplitterte sich auf 177 weitere Personen.

II. Von den 3851 wahlberechtigten Arbeitervertretern haben 2774 ihre Stimmzettel rechtzeitig eingesandt. Mit Stimmenmehrheit sind zu nichtständigen Mitgliedern gewählt:

1. Hutmacher Karl Kämpfe zu Bamberg, Ehrlichsgasse 97, Arbeitervertreter der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft mit 4 112 829 Stimmen; 2. Schlosser Karl Gutheit zu Berlin, Wiesenstr. 29 a, Arbeitervertreter der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft mit 2 916 644 Stimmen. Der Rest der Stimmen zersplitterte sich auf 458 weitere Personen.

Als Stellvertreter der vorgenannten Mitglieder sind mit Stimmenmehrheit gewählt und zwar: a) als Stellvertreter des ersten nichtständigen Mitgliedes: 1. Zigarrensortirer Alwin Winter zu Magdeburg, Große Mühlenstr. 1 a, Arbeitervertreter der Tabak-Berufsgenossenschaft mit 4 264 919 Stimmen; 2. Schreiner Ernst Erbert zu Düsseldorf, Arbeitervertreter der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft mit 4 248 662 Stimmen; 3. Eisendreher Georg Seitz zu München, Ganghoferstraße 15, Arbeitervertreter der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft mit 4 224 956 Stimmen; 4. Zuschneider Friedrich Tietz zu Halle a. S., Gottesackerstr. 14, Arbeitervertreter der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft mit 4 205 705 Stimmen; 5. Zimmerpolier Julius Lerch zu Graudenz, Kasernenstr. 26, Arbeitervertreter der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 4 190 603 Stimmen; 6. Schlosser Ernst Hermann Robert Straube zu Chemnitz, Sonnenstr. 50, Arbeitervertreter der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft mit 4 177 334 Stimmen; 7. Maurer Adam Gregor Wirthmann zu Bamberg, Ehrlichsgasse 40, Arbeitervertreter der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 4 155 566 Stimmen; 8. Tischler Friedrich Stügelmaier zu Berlin, Grimmstr. 89, Arbeitervertreter der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft mit 4 138 323 Stimmen; 9. Bergarbeiter Karl Richard Jacob zu Gersdorf, Bezirk Zwickau, Arbeitervertreter der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, mit 4 121 327 Stimmen; 10. Dreher Wilhelm Gotthusen zu Düsseldorf, Oberstr. 58, Arbeitervertreter der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft, mit 4 112 068 Stimmen; 11. Maschinist Karl Wilsenack zu Höhscheid bei Solingen, Lindenhof 50, Arbeitervertreter der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau- und Klein-Eisenindustrie-Berufsgenossenschaft, mit 4 060 593 Stimmen; 12. Maurer August Daehne zu Berlin, Demminerstraße 36, Arbeitervertreter der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, mit 3 248 636 Stimmen; 13. Tischler Joseph Kubon zu Breslau, Mathiasstr. 110, Arbeitervertreter der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft mit 2 953 126 Stimmen; 14. Spinner August Scholtka zu Slamen bei Spremberg, Arbeitervertreter der Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft mit 2 933 151 Stimmen; 15. Maurer Eugen Simanowsky zu Berlin, Gartenstr. 78, Arbeitervertreter der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft mit 2 836 325 Stimmen. Der Rest der Stimmen zersplitterte sich auf 3048 weitere Personen.

Die land- und forstwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften haben zu nichtständigen Mitgliedern gewählt: Richard v. Donat auf Chmiellowitz, Kreis Oppeln, und Landrath Graf Beißel v. Gymnich auf Schloß Frens bei Horrem (Regierungsbezirk Köln). Ferner wurden je 10 Stellvertreter bestimmt. Nach den Bestimmungen des § 95 des landwirthschaftlichen Unfallversicherungs-Gesetzes sind aus dem Stande der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten versicherten Personen vom Bundesrath worden zu nichtständigen Mitgliedern: Waldarbeiter August Tietz zu Zehlendorf, Arbeiter August Köllner zu Weimar, sowie je zehn Stellvertreter.

Von dem Vorstande der See-Berufsgenossenschaft sind zu nichtständigen Mitgliedern gewählt: Schiffsrheder Wilhelm Maack zu Rostock, Dispacheur Peter van Rensen zu Emden, sowie je 2 Stellvertreter. Die aus der Mitte der Schiedsgerichts-Beisitzer vorgenommene Wahl von 2 nichtständigen Beisitzern fiel auf den Hafenmeister Fritz v. Bülow zu Geestemünde und Ingenieur Eduard Möller zu Hamburg. Ferner wurden je zwei Stellvertreter ernannt.

Kommunales.

Zur Lehrerbesoldungsfrage hat der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberathung der Magistratsvorlage behufs Abänderung in der Gehaltsordnung für das Lehrpersonal in den Berliner Gemeindeschulen gestern unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Langerhans die erste Lesung fortgesetzt und bezüglich der festangestellten Lehrer die Vorschläge des Magistrats angenommen, welche dahin gehen: Zur Anrechnung kommt die gesammte Dienstzeit im öffentlichen Schuldienst in Deutschland. Den bis zum 31. März 1894 angestellten Lehrern wird die Zeit voller Beschäftigung an hiesigen Privatschulen angerechnet. Die Bestimmung über die angestellten akademisch gebildeten Lehrer sind in folgender Fassung festgestellt: Den vom 1. April 1897 angestellten akademisch gebildeten Lehrern mit vollem Oberlehrer-Zeugniß werden zu dem nach § 10 des Lehrerbesoldungs-Gesetzes zu berechnenden Dienstalter vier Dienstjahre zugerechnet. Für die bis zum 31. März 1897 angestellten akademisch gebildeten Lehrer verbleibt es hinsichtlich der Berechnung der Dienstzeit bei den bisherigen Bestimmungen, soweit dieselben günstiger sind als die in der gegenwärtigen Gehaltsordnung getroffenen Bestimmungen. Die Beschlußfassung über das Grundgehalt der einstweilig angestellten Lehrer ist bis zur definitiven Festsetzung des Grundgehaltes der angestellten Lehrer ausgesetzt worden, weil dasselbe gesetzmäßig sich nach dem letzteren zu richten hat. Gegen Belassung der Miethsentschädigung auf 400 M. fand sich nichts zu erinnern. Bei den Rektoren, für welche der Magistrat 2000 M. Grundgehalt beantragt, ist kein bestimmter Beschluß gefaßt worden, da die Anträge auf Erhöhung desselben auf 2400, 2290 bezw. 2200 M. keine Mehrheit erlangten, und schließlich der Magistratsantrag ebenfalls nicht angenommen wurde. Das freie Brennmaterial im Betrage von 90 M. ist gestrichen. Die vom Magistrat beantragte Miethsentschädigung von 800 M. wurde angenommen. Bei den Lehrerinnen erlangte der gestellte Antrag: den bis zum 31. März 1894 angestellten Lehrerinnen wird die Zeit voller Beschäftigung an hiesigen Privatschulen angerechnet, nicht die Majorität. Weitere Beschlüsse wurden bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Lokales.

Alle Genossen, welche noch in irgendwelchen Partei-Angelegenheiten abzurechnen haben, werden anläßlich der bevorstehenden Neuwahlen auf das dringendste ersucht, zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten ihrer Pflicht sofort nachzukommen.

Die Vertrauenspersonen.

Arbeiter-Bildungsschule. Wir machen die Parteigenossinnen und Genossen auf den heute Abend in der Inselstr. 10, 2 Tr., beginnenden Kursus in Geschichte (Die vorgeschichtliche Zeit und die ersten geschichtlichen Ueberlieferungen, Vortragender: Dr. Gustav Zepler) aufmerksam und bitten um zahlreiche Betheiligung. Monatsbeitrag 25 Pf., Unterrichtsgeld (10 Abende) 1,— M.

Der Vorstand.

„Rechter Hand, linker Hand — alles vertauscht! Straße wie wunderlich siehst du doch aus!" Den Dichter dieses und anderer lustigen Studentenlieder, Minister v. Mühler, nannte der freisinnige Abgeordnete Parisius, in einer dieserhalb konfiszirt gewesenen Broschüre „einen Kultusminister, der seinen Beruf verfehlt hat." Minister v. Mühler war der Typus eines Kultusministers, der die kulturfeindliche Richtung gegen Volksbildung zu fördern eifrig bestrebt war. Eine seiner Glanzleistungen war der im Jahre 1869 dem Landtag vorgelegte Entwurf, der die in der preußischen Verfassung geforderte Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts auf die Kinder Unbemittelter einschränken wollte. Gar wunderlich nimmt es sich aus, daß dieselben Gründe, welche damals für diesen Entwurf von Adelheid's Gatten geltend gemacht wurden, nach einem Menschenalter von den Freisinnigen gegen die Unentgeltlichkeit der Schullehrmittel geltend gemacht werden. Als Hauptgrund gegen diese von unseren Vertretern im rothen Haus geltend gemachte gerechte Forderung macht die freisinnige Mehrheit des rothen Hauses auch in diesem Jahre den geltend, daß dann die Wohlhabenderen ihre Kinder nicht mehr in die Gemeindeschulen schicken würden. Es ist von Interesse, aus den Verhandlungen über den Mühler'schen Entwurf einiges wörtlich in Erinnerung zu bringen. In dem Entwurf dieses nach Ladenberg kulturfeindlichsten Kultusministers Preußens — und das will nicht wenig sagen — wurde zur Begründung der Forderung auf Fortfall der Unentgeltlichkeit des Gemeinde-Schulunterrichts u. a. wörtlich ausgeführt: „Die Entrichtung von Schulgeld ist eine von dem Rechtsbewußtsein der Nation getragene Einrichtung. Die Schulgeldzahlung hat ihre bestimmtere und tiefere Begründung in der in dem sittlichen Bewußtsein der Nation lebenden Wahrheit, daß es in erster Linie nicht die Pflicht des Staates und der Kommunen, sondern die Pflicht der Eltern ist, für die leibliche und geistige Entwicklung ihrer Kinder zu sorgen . . . Für die Schulgeld-Erhebung spricht ferner die Wahrnehmung, daß dieselbe einen heilsamen Einfluß auf die Benutzung und Wirksamkeit der öffentlichen Volksschulen zu üben pflegt, welcher sich in der Regel darin zeigt, daß der Werth der Schulen in den Augen der Eltern und Kinder steigt, daß ihre Benutzung auch von den wohlhabenderen Familienvätern nicht „unterschätzt wird". Die von den Freisinnigen damals scharf bekämpften, heute adoptirten, ultrareaktionären Phrasen beleuchtet der Kommissionsbericht des Landtags wie folgt: „Gegenüber dem hochklingenden Motive: „Die Entrichtung von Schulgeld in Deutschland sei eine von dem Rechtsbewußtsein der Nation getragene Einrichtung" erklärte sich Referent außer stande, darin einen greifbaren Sinn zu erkennen, indem er noch niemals die Erfahrung gemacht, daß jemand die Zahlung des Schulgeldes mit seinem nationalen Rechtsbewußtsein in Beziehung gebracht habe. Was ferner die in dem sittlichen Bewußtsein der Nation lebende Wahrheit betrifft, daß die Sorge für die Ausbildung der Kinder in erster Linie nicht die Pflicht des Staates, sondern der Eltern sei, so mußte dagegen hervorgehoben werden, daß das Anerkenntniß der Verpflichtung ihrerseits wohl allein Sache der Eltern, Staat und Kommunen aber, die gegen sie zwingend auftreten, dazu nur berechtigt seien, insofern sie die allgemeine Ausübung der Schulpflicht im Interesse ihrer eigenen Sicherheit und der Erreichung ihrer nothwendigen Zwecke für erforderlich halten. Je höher die Kultur sich entwickelt, je bewußter die Staatsidee im Volk hervortrete, desto klarer wird auch die Erkenntniß, daß die Volkserziehung eine Sache der Gemeinsamkeit sei." (Anlagen zu den stenographischen Berichten, 1869. S. 1150.) Als dann der Vater der berüchtigten Schulregulative, Stiehl, als Abgeordneter die Behauptung wiederholte „der Werth der Schule steigt in den Augen der Eltern und Kinder dadurch, daß ihre Benutzung eine allgemeinere, auch von den wohlhabenderen Familienvätern nicht unterschätzt werde, falls Schulgeld gezahlt werde", wurde er und seine Gesinnungsgenossen von den damaligen Freisinnigen gehörig abgekanzelt. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses sprach sich Waldeck, wie unser Genosse Borgmann in der letzten Stadtverordneten-Versammlung mit Recht wieder hervorhob, energisch für volle Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts aus. Der Stadtv. Kassel war der Wortführer der „liberalen" Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung und führte (natürlich unbewußt) fast wörtlich dieselben Gründe gegen die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ins Treffen, die die Regierungsvorlage von 1869 für Fortfall der Forderung der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts überhaupt geltend gemacht hatte. Kassel war Jahre lang Vorsitzender des hiesigen Waldeck-Vereins. — In dem schwarzen Trierer Landkreis Daun ist auf Betreiben des ultramontanen Pfarrers Unentgeltlichkeit der Lehrmittel seit 1890 eingeführt — der Berliner Freisinn stemmt sich mit Eifer gegen solchen Kulturfortschritt. — „Rechter Hand, linker Hand — alles vertauscht." Minister von Mühler darf zum Schutzheiligen des Berliner Freisinns ernannt werden. Wie wäre es mit einem Aushauen von Mühler's auf städtische Kosten? Vielleicht werden Kassel und Eugen Richter gleich mit ausgehauen? Uns kann's recht sein.

Grober Unfug. Unter dem Titel: „Skladanowsky's lebende Bilder. Aus dem Deutschen Reichstag. Serie I. Bebel" wird ein kleines Büchelchen mit Photographien verkauft, die Bebel im Reichstag redend vorstellen sollen. Selbstverständlich hat Bebel zur Herstellung und zum Verkauf dieses Machwerks weder seine Mitwirkung noch seine Zustimmung gegeben. Ein Blick auf die Photographien zeigt auch jedem, der Bebel kennt, daß es sich um die photographische Aufnahme von einer fremden Person handelt, die mit Bebel gar keine Aehnlichkeit hat. Es handelt sich also nicht blos um eine Geschmacklosigkeit, sondern um eine betrügerische Täuschung des Publikums, das diese Bilder kauft.

Wir ersuchen speziell die Parteipresse um Weiterverbreitung dieser Mittheilung, damit dem gekennzeichneten Unfug und Betrug nach Möglichkeit entgegengetreten wird.

Bei dem Feste, welches die Firma Siemens u. Halske am Dienstag ihren Arbeitern und Angestellten im Zoologischen Garten gab, haben die Firmenbesitzer in einer Weise, die immerhin öffentlich erwähnt zu werden verdient, auf die Gefühle der anwesenden Proletarier bedacht genommen. Der Senior des Hauses, Herr Karl v. Siemens, hielt nach einem Lokalblatte eine Rede, die in ein Hoch auf den deutschen Kaiser ausklang; ein anderes Blatt meldet, daß um 5 Uhr ein Huldigungs-Telegramm an den Kaiser abgesandt wurde.

Neben den Inhabern der Firma werden in den Jubiläums-Artikeln der bürgerlichen Presse auch die Arbeiter zum theil mit Komplimenten bedacht. In welcher Manier dies geschieht, dafür giebt die „National-Zeitung" ein drastisches Beispiel. Zuerst wird geschildert, welche kolossalen Mengen von Eßwaaren und Getränken die 14 000 Festtheilnehmer verzehrt haben. Das bei dem stürmischen Wetter im Garten abgehaltene Vergnügen begann bald nach Mittag und endete erst zu später Stunde; ein jeder männliche Theilnehmer hatte „Bons" im Verzehrungswerthe von 2,25 M. erhalten; die Frauen und Mädchen durften für 1,95 M. verzehren. Nachdem das Erstaunen über die 28 000 Tassen Kaffee, die getrunken wurden, sich gelegt hat, charakterisirt die „National-Ztg." die Arbeiter folgendermaßen:

„Soweit wir in den vier bis fünf Stunden die Festtheilnehmer, die Arbeiter, beobachtet haben, waren sie allesammt von einer musterhaften Disziplin erfüllt. Die älteren Berliner werden sich noch des Schreckgefühls erinnern, wenn es hieß, die Maschinenbauer kommen durch das Oranienburger Thor „in die Stadt", bei irgend einer öffentlichen patriotischen Gelegenheit, bei Königs Geburtstag oder an einem ähnlichen Fest. Das war dann ein wüstes Treiben, daß der friedsame Bürger selbst in den besten Straßen, den Hauptadern des Verkehrs, kaum seiner unbelästigten Ruhe sicher war. Der stete Verkehr mit der räthselhaften Macht, die in dem elektrischen Strom steckt, scheint diejenigen, die mit ihr zu thun

haben, milder, gesitteter zu machen. Sie ahnen oder fürchten (!) eine höhere Kultur, eine höhere Kraft, als die rein körperliche, die allein ihnen bisher imponirte, und ihr Fühlen und Denken gelangt zu Ergebnissen, die ihnen Respekt einflößen vor dem, was allein recht in der Welt hat: vor dem geistigen Können."

Es würde schwerlich in dem Rahmen eines Jubiläumsartikels unterzubringen sein, wenn das Blatt sachgemäß darlegen wollte, daß die „räthselhafte Macht", der die Arbeiter in Wirklichkeit ihre höhere Gesittung verdanken, ganz wo anders zu suchen ist, als im elektrischen Strom und daß diese Macht vom Unternehmerthum aus innerster Seele gehaßt und bekämpft wird.

Fromme Christen untereinander. Aus einer Kirchenwähler-Versammlung, die kürzlich stattgefunden haben soll, bringt die „Berl. Ztg." das folgende erbauliche Bild: „... Wie der Kampf von ihnen geführt wurde, zeigen die Worte des positiven Gemeindevertreters, Schneidermeister Braun, in einer positiven Versammlung: „Wenn ein Liberaler zu Ihnen ins Haus kommt mit einem Flugblatt oder Stimmzettel, so schmeißen Sie ihn die Treppe runter, und wenn er sich die Rippen bricht, daß schadt' nichts!" Die ehrenwerthe Versammlung begleitete diese Ausführungen mit lautem Beifall, und auch der anwesende Superintendent Krückeberg fand kein Wort der Abweisung gegen diese Aeußerung eines Vertreters der christlichen Nächstenliebe!"

Die Verkehrs-Deputation hatte vor längerer Zeit beschlossen, von sich aus, unabhängig von den zur Zeit vorliegenden zahlreichen Straßenbahn-Projekten, einen Plan aufzustellen für solche Linien, welche zu einem zweckmäßigen Ausbau des Berliner Straßenbahn-Netzes geeignet erscheinen. Dieser Plan ist jetzt fertig gestellt.

In die gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirschner stattgehabte Sitzung der städtischen Schuldeputation wurde der neugewählte Schuldeputirte Stubbe eingeführt. — Aus Veranlassung der 25jährigen Wiederkehr der Einführung der allgemeinen Lehrbestimmung von 1872 hat die städtische Schuldeputation beschlossen, Glückwunschschreiben an die Herren Staatsminister Dr. Falk und Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath Schneider zu senden. — In Schulkreisen wurde die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt im Interesse der Schule liege, Prämien noch ferner an die Schüler zu gewähren. Diese Frage gelangte in der gestrigen Sitzung der Schuldeputation zur Erörterung. Nach eingehender Debatte hat die Deputation beschlossen, die Prämien an den Gemeindeschulen unter Veränderung einiger Grundsätze der Vertheilung weiter bestehen zu lassen. — Ob man nun noch weiter Bücher als Schulprämien vertheilt, in denen die freisinnigen Grundsätze, welche doch im Berliner Kommunalwesen maßgebend sein sollen, zu günsten des Afterpatriotismus beschimpft und verhöhnt werden?

Die Einführung eines elektrischen Signalsystems auf der Stadtbahn soll bevorstehen. Die auf Bahnhof Charlottenburg angestellten derartigen Versuche mit elektrischer Weichen- und Signalstellung sollen ein günstiges Resultat ergeben haben sowohl in bezug auf Zuverlässigkeit, als auch auf die Betriebssicherheit. Diese wird dadurch noch bedeutend erhöht, daß durch eine Tafel auf dem Zentralbureau dem dort bediensteten Beamten sofort ersichtlich ist, welches Signal er gegeben hat. Hierdurch ist ein Falschgreifen des Beamten ausgeschlossen; hat er jedoch einen Fehler gemacht, so kann er denselben im nächsten Augenblick richtigstellen.

Noch ein neues Theater? Direktor Lautenburg giebt bekanntlich die Direktion des Neuen Theaters auf. Nun hat er einem hiesigen Blatte zufolge seinem Personal mitgetheilt, daß ihm von vielen Seiten die schmeichelhaftesten Anerkennungen seiner bisherigen Thätigkeit und gleichzeitig Offerten zu theil geworden, die den Fortbestand des trefflichen Ensembles in einem anderen — wahrscheinlich neuen Hause sicherten. Die bisherige Thätigkeit des Herrn Lautenburg beschränkte sich zum wesentlichen auf die Einführung französischer Kokottenstücke.

Was Erfinder verdienen, darüber wird der „Deutschen Tageszeitung" der folgende Fall berichtet: Ein Berliner Zimmermann hat eine ebenso einfache wie sinnreiche Vorrichtung erfunden und damit einen wichtigen Beitrag zur Lösung einer seit Jahren in zahlreichen Großstädten „brennenden" Frage geliefert. Mehr möchten wir über die Art der Erfindung nicht verrathen! Unklugerweise wendete er sich noch vor der Patenterlangung an einen sehr bekannten Großindustriellen, um die Verwerthung der Erfindung zu erreichen, und dieser hatte nichts eiligeres zu thun, als sich die Pläne, Zeichnungen ꝛc. so lange „anzusehen", bis eines schönen Tages die Geistesarbeit des mittellosen Zimmermanns in die Praxis umgesetzt werden konnte, was einen sehr erheblichen Nutzen gebracht haben muß. Der Erfinder aber hat keinen Pfennig zu sehen bekommen. — Warum nennt das Blatt den großen Gauner nicht bei Namen? Es genirt sich doch nicht, wenn ein Arbeiter sich irgend eines Vergehens schuldig gemacht hat?

In den Stadtbahnwagen zweiter Klasse wird jetzt sehr eifrig nach Passagieren revidirt, welche sich nur im Besitze einer Fahrkarte dritter Klasse befinden. Auf dem schlesischen Bahnhofe soll in den letzten Tagen eine ganze Anzahl solcher Personen ermittelt worden sein. Sie alle werden diese Versündigung mit sechs Mark Strafe zu sühnen haben.

Die Verkehrsverhältnisse auf der Schlesischen Vorortbahnstrecke geben den Bewohnern der an letzterer liegenden Vororte von Monat zu Monat immer mehr Anlaß zu Klagen. Die beständigen Zurücksetzungen der Vorortzüge gegen die Fernzüge haben, wie berichtet wird, eine derartige Regelmäßigkeit erreicht, daß man überhaupt nicht mehr auf die Abfahrt und Ankunft der Züge zu der fahrplanmäßigen Zeit rechnen kann. Es soll vorkommen, daß zwei, ja drei Schnellzüge hintereinander durch die Stadtbahnstationen gelassen werden, ehe der fällige Vorortzug abgefertigt wird, so daß letzterer dann Verspätungen bis zu einer Stunde und mehr erleidet.

Erhängt hat sich der 41 Jahre alte Handelsmann Rudolf Meyer aus der Weberstr. 52.

Feuerbericht. Dienstag Abend 6½ Uhr erfolgte Alarm nach Fehrbelliner Str. 47, um in einer Fabrik ein geplatztes Siederohr zu beseitigen. Um 7¾ Uhr war Alexandrinenstr. 22a in einer Schleiferei durch Selbstentzündung ein großer Kasten mit Putzlappen in Brand gerathen, der jedoch noch rechtzeitig gelöscht werden konnte. Zu gleicher Zeit fand Planufer 28 ein Zimmerbrand statt, der Gardinen und Möbel zerstörte, auch das Haus nicht unerheblich beschädigte. Mittwoch früh 2 Uhr erfolgte Alarm nach Joachimstr. 12. Hier stand eine größere Quantität Brennholz in Flammen. Mittags 12 Uhr wurde die Wehr nach Markgrafenstr. 12 gerufen, wo eine mit Hobelspänen angefüllte Bretterwand durch die nahe Gasleitung Feuer gefangen hatte, das auch das Haus beschädigte. Zug 17 hatte fast eine Stunde zu arbeiten, bevor die Gefahr beseitigt wurde. Um dieselbe Zeit wurde die Wehr nach Gollnowstr. 37 alarmirt, wo Theer übergekocht war. Eine unbefugte Alarmirung wurde noch rechtzeitig durch die Polizei verhindert, die Gitschinerstr. 12 einen Burschen festnahm, der soeben aus Ulk die Scheibe des öffentlichen Melders zerschlagen hatte.

Wegen Unterschlagung ist der Buchhalter Paul M. verhaftet worden, der in der Weinhandlung von Gebrüder Habel, Unter den Linden, angestellt war.

Von der Leipziger Kriminalpolizei wurde das hiesige Polizei-Präsidium benachrichtigt, daß sie auf einen etwa 23 Jahre alten Raubmörder fahnde. Derselbe hat ein blasses, hageres Gesicht, längliche schmächtige Gestalt, einen weichen schwarzen, oben eingedrückten Hut. Er trägt vermuthlich dunkles Jaquet, dunkel gestreifte Beinkleider, Stehkragen und rothe, schleifenartige Kravatte. Er hat eine kleine goldene Damenuhr mit Gliederkette geraubt.

Einem verhafteten Bodendiebe sind folgende Kleidungsstücke ꝛc. abgenommen worden: Ein blaues Doubelcape mit Doppelkragen, im Innern des Kragens mit rothem Garn die Buchstaben E. H. gezeichnet; ein graues Damen-Winterjacket mit zwei Kettenaufhängen; ein chokoladenfarbenes Damen-Winterjacket mit acht braunen Steinnußknöpfen; ein weißer Unterrock mit rother Stickerei und am Bunde mit zwölf Oesen; ein weißer Mullrock; zwei Paar Schlittschuhe — Merkur Nr. 25 und Halifax Patent Nr. 9 — und ein leinener Reisekofferbezug mit der Signatur Elberfeld und London. Die Sachen sollen vor dem Monat September d. J. von Hausböden in der Nähe der Belle-Allianceстraße gestohlen worden sein; wahrscheinlich sind sie bisher noch nicht vermißt worden. Eigenthümer wollen sich behufs Rekognoszirung der Sachen an den Wochentagen während der Vormittagsstunden auf Zimmer 36 im Polizei-Dienstgebäude einfinden.

Ihren Verletzungen erlegen ist die 42 Jahre alte Frau des Stellmachers Wehner aus der Strelitzerstraße, die sich am Sonnabend Abend um 7 Uhr in einem heftigen Anfalle ihres Nervenleidens aus einem Fenster ihrer im zweiten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinabstürzte und mit gebrochenem Schädel und Oberschenkel in ein Krankenhaus gebracht wurde.

Beim Tanzen ist am Dienstag der 37 Jahre alte Arbeiter Paul Rüschmüller aus der Pappelallee Nr. 21 verunglückt. Er feierte seinen Geburtstag und kam bei einem Tänzchen, das man schließlich in der Wohnung veranstaltete, so unglücklich zu Falle, daß er sich den linken Unterschenkel brach. Rüschmüller mußte sofort aus der Festgesellschaft heraus in ein Krankenhaus gebracht werden.

Von einer Droschke überfahren wurde Mittwoch Nachmittag auf dem Schinkelplatz ein 70jähriger Mann, August Pieschcr aus der Swinemünderstr. 67. Der Verunglückte erlitt mehrere Kopfverletzungen und mußte, anscheinend auch innerlich verletzt, in ein Krankenhaus gebracht werden.

Arbeiter-Risiko. Zwei Menschenleben sind am Dienstag in der Spree zu grunde gegangen. Mehrere Arbeiter sind jetzt beim Auskranen eines Spreegrabens gegenüber Fürstenbrunn an der Unterspree beschäftigt. Zwei, namens Garbe und Pertz, beide in Charlottenburg, Krummestr. 27, bezw. Pestalozzistr. 56 wohnhaft, befanden sich auf einem Floß. Von diesem sind sie abgeglitten und ins Wasser gefallen; sie sind nicht wieder zum Vorschein gekommen. Garbe war verheirathet; seinen Tod betrauert die Wittwe mit vier unmündigen Kindern; der andere war unverheirathet.

Von einem daherrasenden Schlächterwagen ist gestern Vormittag in der Gollnowstraße die 82jährige Arbeiterfrau Lehmann gefährlich überfahren worden. Die Räder gingen der Frau über den Leib hinweg, sodaß sie schwere innere Verletzungen erlitt und nach dem städtischen Krankenhause Friedrichshain gebracht werden mußte. Der schuldige Kutscher, der zu entfliehen versuchte, wurde von den empörten Passanten festgenommen und nach der zuständigen Polizeiwache gebracht.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Am Dienstag Vormittag wurde in der Wienerstraße der Arbeiter Wilhelm Neumann mit einer schweren Verletzung am Kopfe bestinnungslos aufgefunden. — In der Brückenstraße brach das Rad eines beladenen zweispännigen Arbeitswagens, und der Wagen stürzte auf die Geleise der Pferdebahn. Die Feuerwehr lud ihn theilweise ab und beförderte ihn hart an die Bordschwelle. Der Betrieb der Pferdebahn wurde durch Umsetzen aufrecht erhalten. Die Betriebsstörung dauerte etwa dreißig Minuten. — In der Auguststraße wurde das Pferd eines leeren Möbelwagens scheu und jagte die Straße entlang. Kurz vor dem Kreuzungspunkte der August- und Rosenthalerstraße warf sich der Schutzmann Friese ihm entgegen, wurde aber von dem rechten Scheerbaume getroffen und zur Seite geschleudert, wobei ihm der Säbel aus der Scheide flog. Er lief nun neben dem Pferde her, faßte es schließlich am Zügel und riß es nieder, wobei er mit dem Pferde zu Boden stürzte. Obwohl das Pferd sofort wieder aufsprang und weiterzurennen versuchte, hielt er es fest und übergab es dem nacheilenden Eigenthümer. — Mit einem einspännigen, mit Mineralwasser-Flaschen beladenen Geschäftswagen fuhr gestern Nachmittag der Kutscher Gustav Pflug im Trabe die Wrangelstraße entlang und sah sich dabei unbekümmert um den Verkehr auf der Straße eine Weile um, wobei sein Pferd nach der linken Straßenseite hinüberbog. Als der Kutscher dies bemerkte und das Pferd schnell nach der rechten Seite hinüberzubringen suchte, kam in entgegengesetzter Richtung der Handlungsgehilfe Oskar Pohl auf dem Zweirade die Straße entlang. Er sprang zwar sofort ab, wurde aber von dem scharf rechts seitwärts springenden Pferde getreten und erlitt eine Verstauchung des rechten Fußes und arge Hautabschürfungen. — Am Schiffbauerdamm fiel nachmittags der obdachlose Schiffer Reinhold Krause in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen.

Als Leiche ist der 60 Jahre alte Tischler August Zeh aus der Bärwaldstraße 74 wiedergefunden worden, der, wie wir mittheilten, seit dem 2. d. M. vermißt wurde und zuletzt auf dem Heimwege in der Nähe der Bärwaldbrücke gesehen worden war. Am Dienstag Nachmittag wurde am Plan-Ufer die Leiche eines Mannes aus dem Landwehrkanal gelandet, in der Zeh's Kinder gestern die ihres Vaters erkannten. Das Geld, das der alte Mann bei sich gehabt hatte, wurde vollständig bei der Leiche gefunden, ebenso seine Uhr. Z. ist ohne Zweifel verunglückt.

Das indische Dorf wird noch bis Ende dieses Monats im Passage-Panoptikum bleiben.

In der Urania (Abtheilung Invalidenstraße) wird heute, Donnerstag, Herr Dr. P. Spieß über: „Die Entstehung des elektrischen Stromes" sprechen.

Theater. Der italienische Tragöde Zacconi beginnt sein Gastspiel im Neuen Theater am 25. Oktober. „Aschermittwoch", der Fischer-Jarnowsche Schwank, wird auch während dieses Gastspiels nicht abgebrochen, da der italienische Meister nur einen Tag um den andern spielt. Zacconi wird in Ibsen's „Gespenster", in Hauptmann's „Einsame Menschen" und in Giacometti's Drama „Morte civile" auftreten, das für Salvini geschrieben und durch ihn in Deutschland eingeführt wurde. — Im Ostend-Theater sind die Proben zu dem Drama „Die Geisterglocke" so weit vorgeschritten, daß die Erst-Aufführung am Sonnabend stattfinden kann. — Im Schiller-Theater ist heute die erste Aufführung von „Das Stärkere", Schauspiel in 3 Akten von Carlot Gottfried Reuling. Im Bürgersaale des Rathhauses ist für Sonntag „Chamisso-Abend" angesetzt.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Rixdorf! Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts" heute, Donnerstag, abends 8½ Uhr, in Hoffmann's Festsälen, Bergstraße 151/152, mit derselben Tagesordnung wie sie für Dienstag Abend angesetzt war, stattfindet. Die Versammlung konnte Dienstag Abend wegen eines Versehens mit der polizeilichen Anmeldung nicht abgehalten werden. Genosse Adolf Hoffmann hält ein Vortrag über das Thema: Ist Religion Privatsache? Wir ersuchen die Mitglieder um zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Spandau finden für die III. Abtheilung am Sonnabend, den 6. November d. J. in der Zeit von 10 bis 1 Uhr und 4 bis 8 Uhr statt. Dem einmütigen Verlangen unserer Genossen hat sich demnach der Magistrat nicht verschließen können und die Wahlzeit wieder, wie bisher, bis 8 Uhr abends ausgedehnt. Die Wahlen erfolgen zum ersten Male je nach dem Anfangsbuchstaben der Zunamen der Wähler, und zwar wählen: a) die Buchstaben A B C D und E im Restaurant Möwes, Ritterstraße; b) F G und H im Restaurant Seemann, Fischerstraße 8 bezw. Lindenufer 21; c) I K und L im Restaurant Sawade, Schönwalderstr. 98—99; d) M N O P Q und R bei Conrad, Schönwalderstr. 2; e) der Buchstabe S im Restaurant Roter, Potsdamerstr. 35; f) T U V W X Y und Z im „Rothen Adler", Potsdamerstr. 6. Bekanntlich sind von unseren Parteigenossen die Genossen Schröer, Müller, Feuerheerdt und Laukant als Kandidaten aufgestellt.

Gerichts-Zeitung.

Einen nicht unwichtigen Preßprozeß erledigte kürzlich das Kammergericht. Die Inhaber der Firma A. Seydel u. Komp. waren angeklagt worden wegen Vergehens gegen den § 6 des Preßgesetzes. Sie hatten seinerzeit einen Prospekt der Verlagsbuchhandlung von Hans Baake gedruckt, worin die Geschichte der modernen Polizei von Paul Kampffmeyer empfohlen wurde. Unten auf der letzten Seite war die Firma und auch das Geschäftslokal angegeben, indessen fehlte die Angabe, daß bei dieser Firma der Prospekt gedruckt sei, auch war der Betrieb der Firma nicht ausdrücklich als eine Druckerei kenntlich gemacht worden. Die Amtsanwaltschaft machte geltend, diese einfache Angabe der Firma genüge nicht zur Erfüllung der Vorschrift im § 6, daß Name und Wohnort des Druckers auf jeder Druckschrift genannt sein müsse, die für den Buchhandel oder sonst zur Verbreitung bestimmt sei. Das Schöffengericht sprach jedoch die Angeklagten frei und die Strafkammer bestätigte auf die Berufung des Staatsanwalts das freisprechende Urtheil. Das Landgericht führte begründend aus, es erübrige sich nachzuprüfen, ob die Druckschrift nicht etwa zu den im Absatz 2 des § 6 aufgeführten Druckerzeugnissen gehöre, die von der oben zitirten Vorschrift im § 6 Absatz 1 des Preßgesetzes ausgenommen seien, d. h. ob sie nicht den Zwecken des Gewerbes und Verkehrs diente. Allerdings könne dem Schöffengericht darin nicht beigetreten werden, daß an und für sich die einfache Angabe des Namens (der Firma) und des Wohnortes des Druckers genüge. Die Nennung des Druckers habe derart zu erfolgen, daß ohne weiteres aus der Druckschrift selbst erhelle, es solle damit der Drucker bezeichnet sein. Dazu sei aber nicht erforderlich, daß es mit ausdrücklichen Worten geschehe. Allerdings seien ausschließlich äußere Erscheinung und Inhalt der Druckschrift entscheidend. Im vorliegenden Falle wären nur der Drucker und der Verleger verpflichtet gewesen, sich zu nennen. Da nun aber die Verlagsbuchhandlung Hans Baake im Text als Verleger gekennzeichnet sei, so bleibe betreffs der Firma A. Seydel u. Komp. nur übrig, aus ihrer Nennung den Schluß zu ziehen, sie sei die Druckfirma; deshalb mußten die Angeklagten freigesprochen werden. Gegen dies Urtheil legte die Staatsanwaltschaft noch die Revision ein. Die Angeklagten vertrat der Rechtsanwalt Wurm. Der Strafsenat des Kammergerichts erklärte das landgerichtliche Urtheil für durchaus zutreffend und verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft.

Der Schriftsteller Karl Schneidt und der Redakteur Hugo Brüning vom „Schöneberger Tageblatt" hatten sich heute wegen Beleidigung des Schöneberger Amtsvorstehers Schmock und des Polizei-Inspektors Schulz vor dem Schöffengericht vom Amtsgericht II zu verantworten. Am 30. März 1897 hatte das „Schöneberger Tageblatt" unterm „Strich" und in der Form einer humoristisch-satirischen Plauderei eine Kritik gebracht, welche die bisherige Amtsthätigkeit des Amtsvorstehers und des Polizei-Inspektors unter Bezugnahme auf die kommenden neuen städtischen Verhältnisse glossirte. Die genannten beiden Beamten fühlten sich durch den ganzen Inhalt des Artikels beleidigt, wenn auch die Form nicht direkt beleidigend war. Der Gerichtshof hielt es für erforderlich, den Verfasser Schneidt zu 100 M., den Redakteur Brüning zu 30 M. Geldstrafe zu verurtheilen.

Eine Vergnügungsfahrt, welche der Militäreffektenhändler Emil Meier an einem Junitage nach Saalwinkel unternahm, hat für ihn verhängnißvolle Folgen gehabt. Meier traf in Saalwinkel eine größere Gesellschaft an, der er sich anschloß und die ihn gern aufnahm, da er sich als ein sehr freigebiger Herr zeigte. Er tanzte besonders viel mit einem 12jährigen, für sein Alter stark entwickeltes Mädchen und erwirkte dann bei dessen Eltern, daß ihm bei der gemeinsamen Rückfahrt ein Platz im Kremser eingeräumt wurde. Der Angeklagte setzte sich neben das erwähnte Mädchen. Er soll mit diesem wie mit einem noch jüngeren in seiner Nachbarschaft sitzenden Kinde in dem dunklen Wagen unzüchtige Handlungen vorgenommen haben. Gestern fand gegen ihn dieserhalb vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Gerichtshof gelangte trotz des Leugnens des Angeklagten zu der Ueberzeugung von seiner Schuld und verurtheilte ihn zu einer Gefängnißstrafe von einem Jahre. Die Bemühungen des Vertheidigers, Rechtsanwalt Wronker, den Angeklagten gegen eine Kaution von 6000 M. vor der sofortigen Verhaftung zu bewahren, waren ohne Erfolg, denn der Gerichtshof blieb bei dem Beschlusse der sofortigen Inhaftnahme.

„Ching-Chang-China-Mann wackelt mit dem Kopf: anderswo trägt man ja auch 'nen Zopf!" So singt der biedere Theehausbesitzer in der lustigen „Geisha" und so schien auch der Chinese Wong-Tse-Yuen zu denken, der heute unter Assistenz des Dolmetschers Taen-Ark-Hee vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin II erschien, um sich auf die Anklage des Widerstandes und der Körperverletzung zu verantworten. Wong-Tse-Yuen ist ein noch jugendlicher Sohn des himmlischen Reiches, der sich mit einer Engländerin verheirathet und sein Domizil nach Berlin verlegt hat, ohne daß es ihm bisher gelungen ist, sich die deutsche Sprache so anzueignen, um sich in derselben vertheidigen zu können. Der Dolmetscher, der in Deutschland geboren ist, beherrscht die chinesische Sprache nur unvollkommen und die Verständigung mit dem Angeklagten erfolgte daher mit Hilfe der englischen Sprache. Wong-Tse-Yuen lebte seit mehreren Monaten in Friedenau und war glücklicher Besitzer einer Monats-Fahrkarte, zu welcher seine Ehefrau die Nebenkarte besaß. Am 23. Mai begleitete er mit seiner Frau einige Bekannte zu einem vom Bahnhofe Friedenau abgehenden Zuge, er hatte seine Monatskarte vergessen, es gelang ihm aber, auf den Bahnsteig zu kommen und dort seinen Bekannten noch einen Abschiedsgruß zuzuwinken. Als er wieder aus dem Bahnsteig herauswollte, hielt ihn der die Bahnsteigkontrolle ausübende Schaffner Sobotka auf und verlangte von ihm, obwohl er wußte, daß der Angeklagte eine Monatskarte besaß und ihn auch persönlich kannte, die Einlösung einer Bahnsteigkarte. Er behauptet, daß er durch das Reglement dazu verpflichtet sei. Der bezopfte Asiate glaubte, daß ihm Unrecht geschähe, er hatte von Europa's übertünchter Höflichkeit erwartet, daß man auf den dem Beamten nicht unbekannten Besitz einer Monatskarte mehr Rücksicht nehmen müßte und es kam darob zu einem Zwiespalt zwischen ihm und dem Beamten, der schließlich in Thätlichkeiten überging. Der Beamte, der fast noch einmal so groß ist, wie der Chinese, versicherte, daß dieser mit dem kategorischen Imperativ „Durch!" versucht habe, ihn bei sei seite zu schieben und als dies nicht ging, sofort mit der Faust und später mit dem Regenschirm auf ihn eingeschlagen habe. Der Zeuge behauptet, daß er sechs Tage dienstunfähig gewesen sei und acht Tage lang ein blaues Auge gehabt habe. Der Angeklagte legte dagegen seinerseits ein ärztliches Attest vor, wonach er bei der Affäre mehrere blutige Wunden erhalten hatte. Er behauptet, daß Sobotka ihn sofort beim Kragen gepackt und den Kragen von seinem Wams gerissen, sondern auch mißhandelt und zur Erde geworfen habe, während seine Ehefrau gleichfalls zur Erde geworfen worden sei. — Auf grund der Beweisaufnahme kam der Staatsanwalt zu der Ueberzeugung, daß sich der Schaffner Sobotka in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befunden habe und beantragte mit Rücksicht auf den energischen Widerstand, den der Angeklagte geleistet, 14 Tage Gefängniß. — R.-A. Dr. Julius Stadthagen hielt dagegen weder in objektiver noch in subjektiver Beziehung eine Schuld des Angeklagten für erwiesen. Keinesfalls habe er das Bewußtsein gehabt, daß der Beamte in seinem Rechte war, denn, obwohl er selbst bezopft sei, habe er als Chinese doch kaum denken können, daß er zum Kaufen einer Bahnsteigkarte angehalten werden dürfe, obwohl man ihn als den Besitzer einer Monatskarte kannte. — Der Gerichtshof erkannte den Angeklagten schuldig, verurtheilte ihn aber zu 40 M. Geldstrafe, indem er ihm zu gute hielt, daß der Beamte etwas sehr energisch auf Erfüllung des Reglements bestand.

Vom höheren Raufboldwesen. Wegen Herausforderung zum Zweikampfe mit tödtlichen Waffen bezw. wegen Annahme der Forderung standen gestern der Student der Rechte Hugo Victor und der Student der Thierärztlichen Hochschule Max Groske vor der 9. Strafkammer des Landgerichts. Die Forderung, die auf geschliffene Schläger lautete, war das Ergebniß einer nächtlichen Straßenrempelei. Das Duell sollte in einem hiesigen, von Studenten besuchten Restaurant stattfinden. Kurz vor Beginn desselben erschien die Polizei, welche durch eine anonyme Anzeige verständigt worden war. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten eine Festungsstrafe von je einer Woche, das Erkenntniß lautete auf je drei Tage Festung.

Einer Denunziation, die schwerlich aus beleidigtem Rechtsgefühl erfolgt war, hatte es der infolge seiner Suspensation vom Amte des Gemeindevorstehers weiteren Kreisen bekannt gewordene Ziegeleibesitzer Schultze aus Nahmitz zu danken, daß er sich gestern vor der Brandenburger Strafkammer wegen Vergehens im Amt, § 346 des Strafgesetzbuches, zu verantworten hatte. Der Angeklagte war beschuldigt, als Beamter jemand rechtswidrig der gesetzlichen Strafe entzogen zu haben. Es kann dafür auf eine Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren erkannt werden; sind mildernde Umstände vorhanden, tritt Gefängnißstrafe nicht unter einem Monat ein. In der königlichen Forst bei Nahmitz war Holz gestohlen. Um die Thäter zu ermitteln, nahm der Förster Friedrichsohn am 24. Februar 1896 mehrere Haussuchungen vor, zu denen, wie schon öfter, der Angeklagte in seiner Eigenschaft als Beamter hinzugezogen wurde. Gesucht wurde bei zwei bei Schultze beschäftigten, in dessen Hause wohnenden Arbeitern Nickel und Thomas. Schultze soll nun der Frau Nickel, als er sie aus ihrer Wohnung herausrief, gesagt haben, sie solle nur erklären, das Holz sei von ihm gekauft. Bei Nickel wurde nur kleingehauenes Holz gefunden, während der Förster bei Thomas gefreveltes Holz fand, deshalb erhielt nur der letztere ein Strafmandat. Nickel hat nach einiger Zeit erzählt, daß Schultze ihn vor der Bestrafung bewahrt habe, davon hörte der Mühlenbesitzer Wendler, der am 10. März 1897 die Anzeige erstattete, die zur Erhebung der Anklage geführt hat. Schultze bestreitet mit aller Entschiedenheit seine Schuld. Die Frau Nickel erklärte gestern mit aller Bestimmtheit, daß Schultze ihr gerathen habe, zu sagen, daß das Holz von ihm gekauft sei. Was den Angeklagten dazu veranlaßt haben könnte, wußte sie nicht anzugeben. Ihr Mann hat niemals von Schultze Holz gekauft, wohl aber der Arbeiter Thomas, bei dem gleichfalls gesucht wurde. Die Zeugin erklärte, Schultze sei in ihre Wohnstube gekommen. Eine andere Zeugin sagte dagegen aus, daß Schultze die Stube nicht betreten habe. Auch sonst zeigen sich strikte Widersprüche zwischen der Aussage der Nickel und der anderen Zeugin. Frau Nickel behauptet weiter, daß sie dem Förster gesagt habe, das Holz sei von Schultze; der Förster habe diesen gefragt und eine bejahende Antwort erhalten. Förster Friedrichsohn sagt jedoch aus, daß die Anzeige gegen Nickel nur deshalb nicht erfolgt sei, weil bei ihm nur gehauenes Holz gefunden wurde, bei dem nicht zu erkennen war, daß es gestohlen sei. Die Frau mag wohl gesagt haben, daß das Holz gekauft sei, daß aber Schultze als Verkäufer genannt sei, wisse er nicht, glaube es auch nicht, da er dann wohl diesen gefragt hätte, und sich auch noch darauf besinnen könnte. Von dem Gerücht über Schultze hat er später gehört, demselben aber keine Bedeutung beigelegt. Der Angeklagte nimmt an, daß Nickel ihm feindlich gesinnt sei, weil er denselben entlassen habe. Wie der Ziegelmeister Gericke aussagt, hat Nickel, als er sich nach der Entlassung seine Papiere holte, gedroht, er werde Schultze schon etwas anhängen. Gestern betheuert Nickel anfänglich, „so wahr die Sonne am Himmel steht", das sei nicht wahr, vor der Vereidigung will er sich aber nun nicht mehr erinnern können, ob er ähnliches gesagt habe. Der Mühlenbesitzer Wendler, der Schultze denunzirt hat, giebt zu, daß er demselben feindlich gesinnt sei. Er glaube, daß Schultze seine Bestätigung als Schöffe hintertrieben habe. Schultze hat auch sonst verschiedenes mit dem Zeugen vorgehabt. Der Staatsanwalt plaidirte für schuldig; daß die Belastungszeugen mit Schultze verfeindet seien, könne kein Grund zur Freisprechung sein. Mildernde Umstände müßten dem Angeklagten zugebilligt werden, schon weil er unbestraft sei. Als Strafe erschienen dem Staatsanwalt 3 Monate Gefängniß angemessen, die Aberkennung der Ehrenrechte, die zulässig sei, dürfte nicht ausgesprochen sein, da der Angeklagte nicht aus ehrloser Gesinnung sondern aus Gutherzigkeit gehandelt habe. Dagegen bitte er auf Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes auf ein Jahr. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Josephsohn-Potsdam, suchte den Nachweis für die Unglaubwürdigkeit der Zeugen, besonders der Frau Nickel, zu führen. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten von Strafe und Kosten frei. Bei der Begründung des Urtheils hob der Vorsitzende die große Unwahrscheinlichkeit der Aussage der Frau Nickel hervor. Die Unwahrscheinlichkeit werde durch die ganz negative Aussage des Försters Friedrichsohn verstärkt. Das Zeugniß der Frau sei zur Verurtheilung nicht für ausreichend erachtet.

Aus Graudenz wird berichtet: Der frühere verantwortliche Redakteur der „Gazeta Grudziadzka" von Ruttkowski wurde wegen Beleidigung des Vorstandes des Vereins zur Förderung des Deutschthums zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Verleger wurde freigesprochen. Eine Beleidigung der preußischen Staatsregierung wurde nicht angenommen.

Versammlungen.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis, der am Dienstag bei Slabernack, Inselstraße, seine Generalversammlung abhielt, referirte Genosse Dr. Zadek über „Gemeinde-Sozialismus." Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion, in der verschiedene Mißstände in der Zentral-Markthalle, insbesondere in bezug auf die Sachverständigkeit bei dem Obst- und Gemüsehandel angeführt und von einem anderen Redner die traurigen, aller Hygiene Hohn sprechenden Wohnungsverhältnisse, die sich nach Angabe des Redners im Zentrum der Stadt befinden, beleuchtet wurden. Hierauf erstattete der Vorsitzende, Genosse Jahns, den Geschäftsbericht und der Kassirer, Genosse Petermann, den Kassenbericht. Darnach betrugen die Einnahmen insgesammt 337,75 M., die Ausgaben des letzten halben Jahres 79,38 M. Mithin verbleibt ein Bestand von 258,37 M. Die Abrechnung wurde seitens der Revisoren als richtig bestätigt und dem Kassirer Decharge ertheilt. Die sodann vorgenommenen Neuwahlen des Vorstandes ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Mörschel, 2. Vorsitzender Neyen, 1. Kassirer Petermann, 2. Kassirer Arndt, 1. Schriftführer Kiel, 2. Schriftführer Sommer, Beisitzer Seiler. Als Revisoren wurden die Genossen Lehmann und Reis gewählt. Nachdem auf die am 19. Oktober in den Arminhallen stattfindende Parteiversammlung für den ersten Wahlkreis hingewiesen und zur regen Agitation für den Wahlverein aufgefordert worden war, wurde noch bekannt gegeben, daß am 24. Oktober eine Flugblattverbreitung stattfindet, wozu die zahlreiche Betheiligung der Parteigenossen durchaus erwünscht ist.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am 12. Oktober im Lokale Große Frankfurterstr. 117 seine ordentliche Generalversammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Kunert hielt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Frage: „Was soll aus der Reform der deutschen Militärjustiz werden?" Der Kassirer berichtete, daß der Verein im verflossenen Halbjahr, einschl. eines Bestandes von 106,70 M., eine Gesammteinnahme von 1607,60 M. gehabt hat, welcher eine Gesammtausgabe von 939,77 M. (darunter 322 M. für Agitation) gegenübersteht, so daß der Verein augenblicklich über 667,83 M. Kassenbestand verfügt. Die Mitgliederzahl betrug beim Abschluß 1488, die Zunahme an Mitgliedern ca. 200. Dem Kassirer wird Decharge ertheilt. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes geht hervor, daß derselbe während des Sommer-Halbjahres nicht so intensiv gearbeitet hat. Es fanden sechs Vorstands-Sitzungen und fünf Vereins-Versammlungen statt. Geplant ist die Herausgabe eines Flugblattes. Die unentgeltliche Herausgabe des Parteitags-Protokolls habe sich als nothwendig herausgestellt, da leider ein großer Theil der Mitglieder den Beschlüssen der Parteitage noch nicht das nothwendige Interesse entgegenbringt. Der bisherige Gesammtvorstand wird einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren wählt die Versammlung Schöpke, Wegner und Blume. Unter Verschiedenem ersucht Franke, etwaige Wohnungswechsel bei den Zahlstellen-Inhabern zu melden. Urban bringt die Partei-Spedition in Erinnerung. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags Wahlkreis (Süd-Ost) hielt am Dienstag Abend im Vereinshaus „Süd-Ost", Waldemarstraße, seine ordentliche Generalversammlung ab, die äußerst gut besucht war. Eingangs hielt Genosse Millarg einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Unfallversicherungs-Gesetz, dem eine Diskussion sich nicht anschloß, jedoch seitens des Referenten eine Anzahl gestellter Fragen bereitwilligst in aufklärendem Sinne beantwortet wurden. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden über die Thätigkeit des Vorstandes im letzten Halbjahr ging hervor, daß in dieser Zeit eine ordentliche, eine außerordentliche und vier Mitglieder-Versammlungen stattfanden, die sämmtlich eines regen Besuches sich erfreuten, ebenso rege Betheiligung war am veranstalteten Ausflug und den Urania-Vorstellungen zu verzeichnen. Bei dieser Gelegenheit wird bekannt gegeben, daß die Urania seitens des Vorstandes bereits für den 3. Weihnachtsfeiertag gemiethet ist. Die Mitgliederzahl des Vereins ist auf 1550 gestiegen. Verstorben sind vier, ausgeschlossen ebenfalls vier Mitglieder. Den Kassenbericht giebt der Kassirer wie folgt: Alter Bestand 194,50 M., Einnahme 1400 M., Ausgabe — darunter 400 M. für Agitation — 616,65 M., somit Bestand 788,90 M. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bekundet, wird auf deren Antrag dem Kassirer Decharge ertheilt. Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Resultat: Genosse Carl Scholz 1., Langner 2. Vorsitzender; Schwarz 1., Zimmer 2. Kassirer; Rasche 1., Martin 2. Schriftführer und Balke, Beisitzer. Zu Revisoren wurden Lohse, Menzel und G. Baier bestimmt. Unter „Vereins-Angelegenheiten" beantragt Runge, daß bei Beerdigungen verstorbener Mitglieder die Kranzspende stets von dem Nichtanwesendsein eines Geistlichen abhängig zu machen sei. Antragsteller begründet dies in kurzen Zügen, indem er darauf hinweist, daß man nach dieser Richtung in letzter Zeit trübe Erfahrungen machte und daß die Genossen bei solchen Gelegenheiten stets in eine fatale Situation versetzt wurden. Etliche Redner äußerten sich im Sinne des Antrages, wobei Genosse Peter es unternahm, über die Bedeutung der rothen Schleife und die der Kutte des Geistlichen zu sprechen. Diese Gegenüberstellung führte zur Auflösung der Versammlung, und zwar, wie der betreffende Beamte äußerte, wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen; er habe, so schloß der Herr, „das lange genug mit angehört". Die Versammelten gingen, nachdem auch der Vorsitzende dahingehend aufgefordert, ruhig auseinander.

Die Anarchisten waren gestern Abend im „Louisenstädtischen Klubhaus" zusammengekommen, dessen kleinen Saal sie beinahe bis zur Hälfte füllten. Nachdem ein Herr Weisheit, der angeblich über „Die Sozialdemokratie und die preußischen Landtagswahlen" ¾ Stunden lang über alles Mögliche, nur nicht über das Angekündigte gesprochen hatte, kam Herr Wiesenthal zum Wort, der die von seinem Vorredner zu tage geförderte Weisheit in allen Punkten bekämpfte. Wiesenthal kündigte an, in Zukunft mehr als bisher in Arbeiterversammlungen für seine Ideen Propaganda machen zu wollen.

In einer Versammlung von Schneidern und Näherinnen, die am Dienstag im Swinemünder Gesellschaftshause stattfand, erläuterte Timm den Anwesenden die Bestimmungen der Bundesraths-Verordnung vom 1. Juli 1897. Er kam zu dem Schluß, daß die Verordnung zwar manche Verbesserungen hinsichtlich der Arbeitszeit gebracht habe, einen wirklichen Arbeiterschutz biete sie aber nicht, da sie in mancher Beziehung unzulänglich sei und der Erweiterung bedürfe. Der Verband der Schneider werde eine Erhebung veranstalten, um nachzuweisen, daß eine weitere Ausdehnung des Arbeiterschutzes in der Konfektionsindustrie nothwendig sei. Das durch die Erhebungen gewonnene Material werde der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Verwendung im Reichstage überwiesen werden. Die Arbeiter müßten dahin drängen, daß es mit dem gesetzlichen Arbeiterschutz vorwärts gehe. Hierauf führte Frau Reimann einige Fälle an, wo Inhaber von Arbeitsstuben die genannte Verordnung übertreten haben sollen. Dann besprach die Rednerin die Lohnverhältnisse im Konfektionsgewerbe und führte aus, daß die Löhne jetzt im allgemeinen niedriger seien, wie vor dem Streik, was nur darauf zurückzuführen sei, daß die in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen größtentheils den gewerkschaftlichen Bestrebungen fernstehen. Die Stärkung der Organisation sei die erste Bedingung für eine Aufbesserung der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die nachfolgende Diskussion bewegte sich in demselben Sinne und gipfelte in einem Appell zum Anschluß an die Organisation.

In der letzten Generalversammlung der Händler wurde der Kassenbericht gegeben. Der Einnahme von 54,11 M. stand eine Ausgabe von 16,40 M. gegenüber. Als Vorsitzende wurden gewählt Müller und Schultze, zu Schriftführern Gotthelf und Rickermann, zu Kassirern Seiler und Leow, zu Revisoren Reinkneß, Trunsch und Frau Wagner, zu Schiedsrichtern Leow, Luther und Hoffmann, zu Bibliothekaren Luther und Trunsch.

Berliner Naturheilverein 2. Heute abend 8½ Uhr im großen Saale des Vereins junger Kaufleute, Beuthstraße 20: Vortrag des Herrn R. Gerling über „Hypnose".

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Sonnabend von 7 bis 8½ Uhr statt.

N. N., Leipzig. Sie fragen, was wir zu den neuesten polemischen Leistungen der „L. V.-Z." sagen? Wir halten es für kein besonderes Zeichen von Geist und Muth, zu polemisiren, wenn ein Theil unter Angabe der höheren ihn leitenden Gründe die Debatte eingestellt hat. Daß in der Redaktion der „L. V.-Z." die Meinung des Parteitages über die Polemik unter Parteiblättern nicht beachtet wird, setzt uns nicht in Erstaunen.

R. M. Ohne Kenntniß der Statuten der Krankenkasse können wir keine bestimmte Antwort geben. Wir empfehlen Ihnen, in der Sprechstunde sich mündlichen Bescheid zu holen.

E. M. 10. Eine französische Lehrerzeitung kennen wir nicht. Durch Vermittelung einer deutschen Lehrerzeitung werden Sie aber gewiß eine Adresse erfahren. Am besten wenden Sie sich an ein Annoncenbureau, Hasenstein u. Vogler oder Rudolf Mosse.

Die verdorbene Rotte von Sas. Hamburg II.

Alte Patzenhofer Tonne. 1893 standen 82 sozialdemokratische Kandidaten in Stichwahl.

S. 3. M. Nach der Entlassung. — **Tilsit 24.** Nein. — **P. A. 52.** Nichts. — **G. F. 120.** 1. Krankenversicherungspflicht liegt nicht vor. Die Antwort hängt im übrigen vom Inhalt und Wortlaut des Antrages ab. 2. Nur bei dem Revier, in dessen Bezirk man wohnt. 3. Nein. —

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 14. Oktober 1897.

Theils heiter, theils wolkig, mit etwas Regen und ziemlich frischen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Sechs Partei-Versammlungen

Dienstag, den 19. Oktober, abends 8¼ Uhr

in folgenden Lokalen:

1. Wahlkreis:
Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.

2. Wahlkreis:
Berliner Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.

3. Wahlkreis:
Brochnow's Salon, Sebastianstraße Nr. 39.

4. Wahlkreis:
Urania, Wrangelstraße 9–10.

5. Wahlkreis:
Schweizer Garten, Am Königsthor.

6. Wahlkreis:
Kösliner Hof, Köslinerstraße.

Tages-Ordnung:

Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen. Wahl von Mitgliedern zur Lokal- und Preßkommission. Berichterstattung der Delegirten vom Parteitage. Diskussion. 213/17

Die Vertrauenspersonen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8½ Uhr, im **Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23:**

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Neuwahl des gesammten Vorstandes. 5. Wahl von Revisoren. 6. Anträge und Verschiedenes. 247/1

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Nur Mitgliedsbuch legitimirt.

Achtung! Achtung!

Genossinnen und Genossen!

Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Bericht der Delegirtinnen vom Hamburger Parteitag.** 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauensperson und Neuwahl derselben. 1/9

Um zahlreichen Besuch der Genossinnen ersucht **Die Vertrauensperson.**

Fachverein d. Holz- u. Bretterträger

Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 10½ Uhr, bei Herrn Ewald, Schönleinstr. 6:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1897. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 84/15

Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Cohn's Festsäle

Beuthstrasse 20.

Meine eleganten **neu renovirten** Festsäle mit Bühne, bis 1000 Personen fassend, sind noch an einigen Sonnabenden und Sonntagen zu vergeben. 3248L*

Vereinszimmer einige Tage in der Woche zu vergeben 3333P **Emil Jost,** Adalbertstr. 99.

Capes, Jackets, Knabenanzüge, Joppen, Stoffreste kauft man billig im Restergeschäft Sonnenstr. 30, part.

Ehrenerklärung!

Hiermit erkläre ich die Frau **Neumann,** Wrangelstr. 59, als eine anständige und ehrenhafte Frau. [12206

Pötschick. Cuvrystr. 21.

Ich warne hiermit jedermann, meinem Manne auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. Frau **Gertrud Gröbe,** Admiralstr. 29. 12115

Meinen werthen Gästen, Freunden und Bekannten die ergebene Anzeige, daß ich **Patlitzstr. 5** ein **neues Lokal eröffnet** habe; auch ist ein großes **Vereinszimmer** zu vergeben. Bitte gütigst um zahlreichen Zuspruch. 12136 **Franz Schmücker,** früher Restaurant zum Nußbaum.

Arbeitsmarkt.

Achtung!

Holzarbeiter!

Drechsler!

In der Treppengeländer-Werkstatt von **Pöschel,** Rauchstraße 27, und **Voigt,** Köpenickerstr. 54, wird der Tarif nicht bezahlt. Sämmtliche Kollegen haben die Arbeit eingestellt.

Tischler!

In der Möbel-Fabrik von **Schulz & Co., Elisabeth-Ufer 55. III.,** haben sämmtliche Tischler Differenzen wegen die Arbeit niedergelegt.

Zuzug fernhalten!

203/20 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter u. Arbeiterinnen auf Bettvorleger finden dauernde Beschäftigung bei 12155 **M. Schmoller,** Rosenstr. 18.

12117a **Malerlehrling** verlangt **Riesch,** Oranienstr. 120.

Kistenmacher auf Hand verlangt **Fehse,** Sebastianstr. 63.

Zwei Holzbildhauer-Gehilfen auf dauernde Arbeit sucht sofort 12199 **B. Klug,** Bildhauer, **Stettin,** Kronenhofstraße 17.

Zuschneider auf Kragen, Oberhemd, Blousenhemden suchen **Kraft u. Jacobi,** Marienburgerstr. 9.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 14. Oktober.

Opernhaus. Haschisch. Bajazzi. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Hamlet. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Salvatorello. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Agnes Jordan. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Renaissance. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Das vierte Gebot. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Le Demi-Monde. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Aschermittwoch. Vorher: Lieb' im Spiel. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Einberufung. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Das Stärkere. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Pariser Leben. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Der große Wohlthäter. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Hotel Tohu-Bohu. Anfang 7½ Uhr.
Ostend. Jugendbronnen. Anfang 8 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Das Zeichen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Das Liebesdrama einer Sängerin. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panopticum. Indisches Dorf.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr, Zum ersten Male: **Das Stärkere.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Das Stärkere.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Ein Tropfen Gift.**

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.

Abends 8 Uhr:
Der große Wohlthäter.
Volksstück mit Gesang in 6 Bildern von H. Wilken. Musik von R. Bial.
Morgen, Freitag:
Wilhelm Tell.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Volks-Vorstellung unter Regie von **Julius Türk:**
Kabale u. Liebe von Fr. v. Schiller.
Billets à 60 Pf. zu der Sonntag-Nachmittags-Volks-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.

Donnerstag, den 14. Oktober 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 41. Male:
Berliner Fahrten.
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Berliner Fahrten.**

Thalia-Theater.
Donnerstag und Freitag geschlossen wegen Generalprobe.
Sonnabend, den 16. Oktober 1897.
Zum 1. Male:
Hôtel Tohu-Bohu.
(L'Auberge du Tohu-Bohu.)
Vaudeville in 3 Akten von Maurice Ordonneau. Deutsch von Viktor Léon.
Musik von Viktor Roger.
Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

Gebrüder Herrnfeld's
I. Original-
Budapester
Possen- u. Operetten-Theater in
Kaufmann's Variété.

Die Welt geht unter.
Eine Partie Klabrias.
Lupas & Wörtheim.
Oppenheim in der Luglochhöhle.
Gefälschte Jungen.
Der Eierhändler.
In flagranti.
Endlich allein!

Diese mit so grossem Beifall aufgenommenen Herrnfeld'schen „Original-Stücke" werden
bei weitem übertroffen
von den gegenwärtigen
Saison-Schlagern
Ein Abend im Wintergarten
und
Im Atelier.

Um den grossen Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, findet von vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr **Billet-Vorverkauf ohne Aufgeld** im Theater-Bureau statt. Vorzugskarten gelten.
Anfang ½8 Uhr.
Kassenöffnung ½7 Uhr.

Urania
Taubenstrasse 48—49.

Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse No. 57/62: Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Nähores die Tagesanschläge!

Castan's
Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Passage-Panopticum.

Nur noch kurze Zeit!
Indisches Dorf
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt
Moung Toon.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**

Letzte Woche! Zum 28. Male:
Jugendbronnen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen, zum 29. Male: **Jugendbronnen.**
Sonnabend, zum 1. Male: **Die Geisterglocke.** Drama in 4 Akten von C. Matthäi.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Unsere Reichspost.** Kleine Preise. Volks-Vorstellung.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. **J. Glück.**

Erna Koschel.
Mr. Brown.
Miss
Marie Halton,
amerikanische Operetten-Diva.
Mr. Rodo Leo Rapoli.
Dagmar Hansen.
Neun Heinzelmännchen.
Flip, Flap, Flop!!
Große Pantomime, ausgeführt von der **Joseph Pholtes-Troupe.**
Kinetograph
etc. etc. etc.
Kassenöffnung. 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungslokal Berlins.
Direktion:
Winkler und Fröbel.
Fidele Droschkenfahrt.

Um 8½ Uhr:
Richard Winkler
und
Wilhelm Fröbel
in der Berliner Gesangs-Posse:
'Ne wilde Sache.

Circus Nelly. Neues Programm.

Neue Spezialitäten.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.

Heute Anfang 8 Uhr.
I. Rang u. Loge 1 M., Sperrsitz 50 Pf.
Entree und II. Rang 50 Pf.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Donnerstag, den 14. Oktober, Abends 7½ Uhr:
Gala-Abend.
Zum 1. Male: Dir. **Busch** als Schulreiter auf dem trakehner Hengst Thucydides. Die vorzüglichsten Freiheitsdressuren des Dir. **Busch.** Zum 1. Male: **Doppelschule**, ger. von Sign. **Corradini** u. Fräul. **Helene Corradini.** Auftr. d. Reitkünstlerin Mlle **Mariana. Eine Tanzstunde.** gr. Quadrille, ger. in histor. Kostümen. Die unübertrefflich. Geschw. **Cottrell. Die musikalische Küche.** kom. Szene d. Gebr. **Price. Elefant u. Pferd,** Original-Dressur d. Sign. **Corradini.**
Morgen: Neues Programm.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Die Reezenburg.
Bilder aus dem Berliner Volksleben von L. Ely.
Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7½ Uhr. — Entree: Sonntags 40 Pfg., Wochentags 20 Pfg.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich (außer Privatfestlichkeiten):
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Badekuren.
Lustspiel in 1 Aufzuge von Puttlitz.
Ein Wort zu rechter Zeit.
Schwank in 1 Akt von Staack.
Das gestörte Mittagessen.
Posse
mit Gesang und Tanz von G. Friedrich.
Jeden **Sonntag, Dienstag** u. **Donnerstag** nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

American-Theater.
Dresdenerstr. 55.
Donnerstag, den 14. Oktober 1897:
Kolossaler Erfolg! Stürm. Beifall!
Berlin
wie's näht und trennt.
Volksstück m. Gesang in 2 Abth. v. L. Ely.
Musik von R. Schmidt.
Der Traum von Bayreuth.
Parod. Traumbild.,
Hugo Schulz als Seemann. **Wally Smollm,** Exentrique-Soubrette.
Emmy und **Ernst Rebenitsch** als Zukunfts-Ehepaar.
Paul Bendix. Humorist.
Anfang der Vorstellungen:
Sonntags 7½, Wochentags 8 Uhr.

Theater der Reichshallen
Leipzigerstrasse 77.
22
erstklassige
Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 7½ Uhr, der Vorst. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Im Parterre-Saal gen. **„Zur Klosterfrau":**
Donnerstag, den 14. Oktober:
Militär-Konzert.
Kapelle des 2. Garde-Regiments. Kgl. Musikdirigent **Max Graf.**
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Annenstraße 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Letzte Woche:
Die Rosen aus dem Süden.
Große Ausstattungsposse.
Neu! Novität! Neu!
Die fidelen Statbrüder oder: **Wer giebt.**
Schwank mit Gesang von Leop. Ely.
Ausstr. eines durchweg neuen glänzenden Künstler- u. Spezialitäten-Personals.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 30 Pf.
Vorzugs-Billets haben wochentags zu allen Plätzen Giltigkeit.
In Vorbereitung! In Vorbereitung!
Der Herzverführer.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
Neu! **Eugen Rosée.** Neu!
Der beste Mimiker der Jetztzeit.
In Vorbereitung:
Wer ist der Vater!
Ausstattungs-Burleske.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Für 36 Mark
fertige feinen Winterpaletot u. Maaß, für 36 M. ff. Anzug nach Maaß, für 8—12 M. ff. Winterhosen nach Maaß.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Möbel auf Theilzahlung.
J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Neue Welt
8. Hasenhaide 108.
Inhaber **A. Fröhlich.**
Jeden Sonntag: **Spezialitäten-Vorstellung** und **Ball.**
Empfehle meine beiden Säle (mit Theaterbühne) zu Wintervergnügungen jeder Art. Einige Sonnabende sind noch frei. Bestellungen für Sommerfeste werden schon jetzt entgegengenommen. 32172*

Jacob Lenz,
Alte Jakobstr. 69,
(vis-à-vis Feuerstein's Festsälen)
empfiehlt sein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal** nebst **Vereinszimmer.**

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.
Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bairischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. *
H. Stramm, Rest. Ritterstr. 123.

Johannisbeerwein
1/10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkelterei.
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Todten-Sonntag,
I. Weihnachts-Feiertag
sofort gratis zu vergeben.
B. Nieß's Festsäle,
33242* 17 Weberstr. 17.

Dr. Simmel Moritzplatz, (Haus v. Aschinger)
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4.

Zahn-Atelier.
Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mittl. Cocain, Chloräthyl, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Ratenzahlung gestattet, Woche 1 M. *
Guckel, Laufitzer Platz 2, Elsasserstraße 12, Stegliterstraße 71.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*) Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Durch
Einkauf von großen Posten verkaufe ich von heute ab:
Hochelegante Winter-Paletots v. 9 M. 75 Pf. an bis 36 M.
Hohenzollern- und Pelerinen-Mäntel von 5 M. 25 Pf. an bis 30 M.
Kaiser-Mäntel und Joppen von 6 M. 75 Pf. an bis 27 M.
Hochf. Rock- und Jaquet-Anzüge von 12 M. 50 Pf. an.
Herren-Hosen von 2 M. 75 Pf. an.
Kellner-Hosen und Jaquets von 4 M. 75 Pf. an.
Leder- und Arbeits-Hosen zu 2,35 M.
Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jaquets, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Fahrräder, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Teschings, Stockflinten, Harmonikas, Geigen, Zithern, Trommeln, Regulateure, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu **enorm billigen Preisen.** 32819*
Gustav Lucke,
Waarenhaus,
Berlin, Oranienstr. 131.

14 Tage auf Probe
vers. ich per Nachnahme unt. Garantie für Werth u. lebende Ankunft **hochfeine Harzer Kanarien-Vögel,** mit Porto u. verpackt à St. 6,50 M., 3 St. 15 M., 6 St. 28 M., 12 St. 50 M. Was nicht gefällt, nehme bin. 14 Tagen gegen Umtausch oder zahle den Betrag zurück. Anfrage mit Retourmarke an
L. G. Müller,
Vogelzüchterei, Nordhausen a. H.

Strickwolle-Ausverkauf. *
Reste in Zephyr und Rockwolle zu Fabrikpr. Holzmarktstr. 60, H. I. l. Tr.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.,
Beuthstraße 2.

Wir empfehlen die noch vorhandene kleine Restauflage:
Der Majestätsbeleidigungs-Prozeß Liebknecht.
Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht.
Preis **10** Pfennig. Porto **3** Pfennig. Bei Partiebezug Rabatt.

Der Versuch, Liebknecht wegen seines Sitzenbleibens im Reichstag beim Hoch auf den Kaiser unter Anklage zu bringen, war seinerzeit bekanntlich mißlungen. Dagegen ward er wegen der Eröffnungsrede beim Breslauer Parteitage von Breslauer Richtern zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Diesen Prozeß bleibt in der Fülle der gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-Prozesse ein typischer und hat allenthalben das größte Aufsehen erregt. Die Bestätigung des Breslauer Urtheils durch das Reichsgericht giebt den Verhandlungen und der im Nachwort geübten Kritik des Breslauer Urtheils erneute und erhöhte Bedeutung. 234/13

Konzessionirte
Kur- und Bade-Anstalt Gr. Hamburgerstraße 20 (Bahnhof Börse).
Spezialität: **patent. Heißtrockenluft**
(Kastenbäder und Inhalatorium) 131/2*
Wannenbäder, sämmtliche Wasseranwendungen (Kneipp'sche Güsse). **Streuge Kuren nach ärztlicher Vorschrift** bei Gicht, Rheumatismus, Fettleibigkeit, Nerven-, Unterleibs-, Haut-Leiden.
Aerztl. Oberleitung **Dr. Hirschfeld,** Sprechstunden: tägl. 6—8 ab., Sonntag, Montag, Donnerstag auch 11—12 vm.

Es schmeckt gut,

wenn Teller und Tasse rein sind. Unerreicht ist zum Aufwaschen des Geschirrs **Karol Weil's Seifen-Extract,** die beste trockene Seife in Pulverform; es reinigt gründlich, schnell und sparsam. Darf in keiner Küche fehlen. Nur echt in **grauen** Packeten mit Schutzmarke Waschfass.
Das Vorzüglichste.
Karol Weil's „Karola".
Lieblingsseife der Damenwelt.

Normalhemden Stück M. 0,80, 1 M., 1,20—4,50.
Normal-Beinkleider Paar 1 M. bis 4 M.
Gestrickte Westen für Knaben Stück von 1,40 bis 4 M.
Gestrickte Westen für Männer Stück von 2,25 bis 12 M.
Arbeitshemden
ohne Ueberschlag Stück 95 Pfg., mit Ueberschlag Stück 1,15, 1,50, 1,75 M.
Socken Paar 20 Pf. bis 1,75 M.
Frauenstrümpfe Schwarz, Paar 50 Pf., 65 Pf., 1—1,50 M.
S. Mecklenburg, Berlin O., Blumenstraße 83, gegenüber der Wallnertheaterstraße.
Filiale: **Rummelsburg, Schillerstraße 1.**
An mein. Kasse werden Rabattbüch. verabfolgt, geg. welche ich 4% Rabatt gewähre.

Möbel. Möbel.
In den neu erbauten großen Sälen **Neue Schönhauserstr. 2 (früher Rosenthalerstraße 13).** Seitenflügel u. Quergebäude, erste u. zweite Etage, dicht a. Hackeschen Markt, werden neue u. verliehene gewesene elegante u. einf. Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft; für Brautleute und zum Umzuge ganz besonders geeignet: Nußbaum-, Mahagoni-Kleiderspinden u. Wäschespinden 36, Waschtoiletten, Stühle 3, Korridorspinden 20, Kommoden 16, Bettstellen m. Matratzen u. Keilkissen 21 M., französische, fournirte Muschelbettstellen m. Sprungfeder-Matratzen u. Keilkissen 48, Trumeaux 58, elegante Plüsch- u. Stoff-Garnituren 70, 105 Mark, Herren-Schreibtische, Damen-Schreibtische, Sophas mit Sitzauszug 33 M., Spiegel in allen Größen u. Arten, Ankleideschränke, Frisirtoiletten, Garderoben-Spinden, alle Arten Küchenmöbel 2c. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung, Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben u. werden durch eigene Gespanne transportirt u. aufgestellt.

Billig! Reste z. Anzügen. Billig! Mädchenkleider, Knaben-Anzüge und -Paletots sehr preiswerth.
O. Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Fertige Betten, gr. Stand Oberbett, Unterbett, zwei Kopfkissen mit gereinigten neuen Federn, von **12 M.** an, **fertige Inletts,** Bettwäsche, Matratzen jeder Art, Stepp-, Schlaf-, Bettdecken und Polster-Bettstellen empf. billigst das als streng reell bekannte, 1870 gegr. Spezial-Gesch. **S. Pollack, Oranienstr. 61** am Moritzplatz.

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart, äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel. [3222L*
Schützenstr. 2.

Für 10 Mark
liefere Stoff zu einem ff. Herren-Winterpaletot, für 5 M. liefere Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8—10 feinen, für 12 M. guten Kammgarnstoff oder Cheviot. Reste zu Knabenanzügen sehr groß 2—3 M.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause.
Bukow, Invaliden-Straße 13.

Hirschfleisch, Pfd. 25, 30, 40 Pfg. Blatt 50
Keule und Rücken 70 und 80 Pfg., **Hasen,** auch gespickt; **Oderbruch-Gänse** Pfund 55 und 60 Pfg.; Gänsekeln, Lieser, Lebern, Jung-Hühner, Tauben, Enten, Suppenhühner, Wild- u. Geflügelhandlung
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Möbel
verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 29179*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Halt!
Heute Abend gehen wir zu **Gustav Schultz** nach der **Wasserthorstr. 55.** Da ist großes Gänse-Ausspielen. 1199a
Heute großes Gänse-Ausspielen! 12285 **R. Ihlow,** Chamissoplatz 4.

Durch **Kaschol** bin ich gefeit Gegen Katarrh, Husten und Heiserkeit!

Charlottenburg, Spreestr. 24, sind getragene Stiefel billig zu haben.

Gr. **Stube u. Küche,** 90 M., **Laden** m. Wohn., 250 M. jährl. zu vermiethen. **Alt-Glienicke,** Köpenickerstr. 13a.

Möbl. Schlafstelle f. Herrn b. Cuno, Prinzenstr. 100, v. 12129

Freundliche Schlafstelle für Herren Alexandrinenstr. 58, H. I r. 1216a

Möbl. Zimm., 1 auch 2 Herren, 26 M., b. Lücken, Oranienstr. 195, v. II r.

Vortheilhafteste Bezugsquelle. **Beste Fabrikate.**
Uhren- und Goldwaaren-Fabrik
Silber- und Alfenidewaaren-Lager
von **Reinhold Wankel,**
Brunnenstr. 163,
zwischen **Anklamer- und Invaliden-Strasse.**
Brillanten und **Farbsteine.**
Ringe, Armbänder, Brosche, Ohrringe.
Ketten in Gold (nach Gewicht
Golddoublé u. Silber.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
2974L*

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.